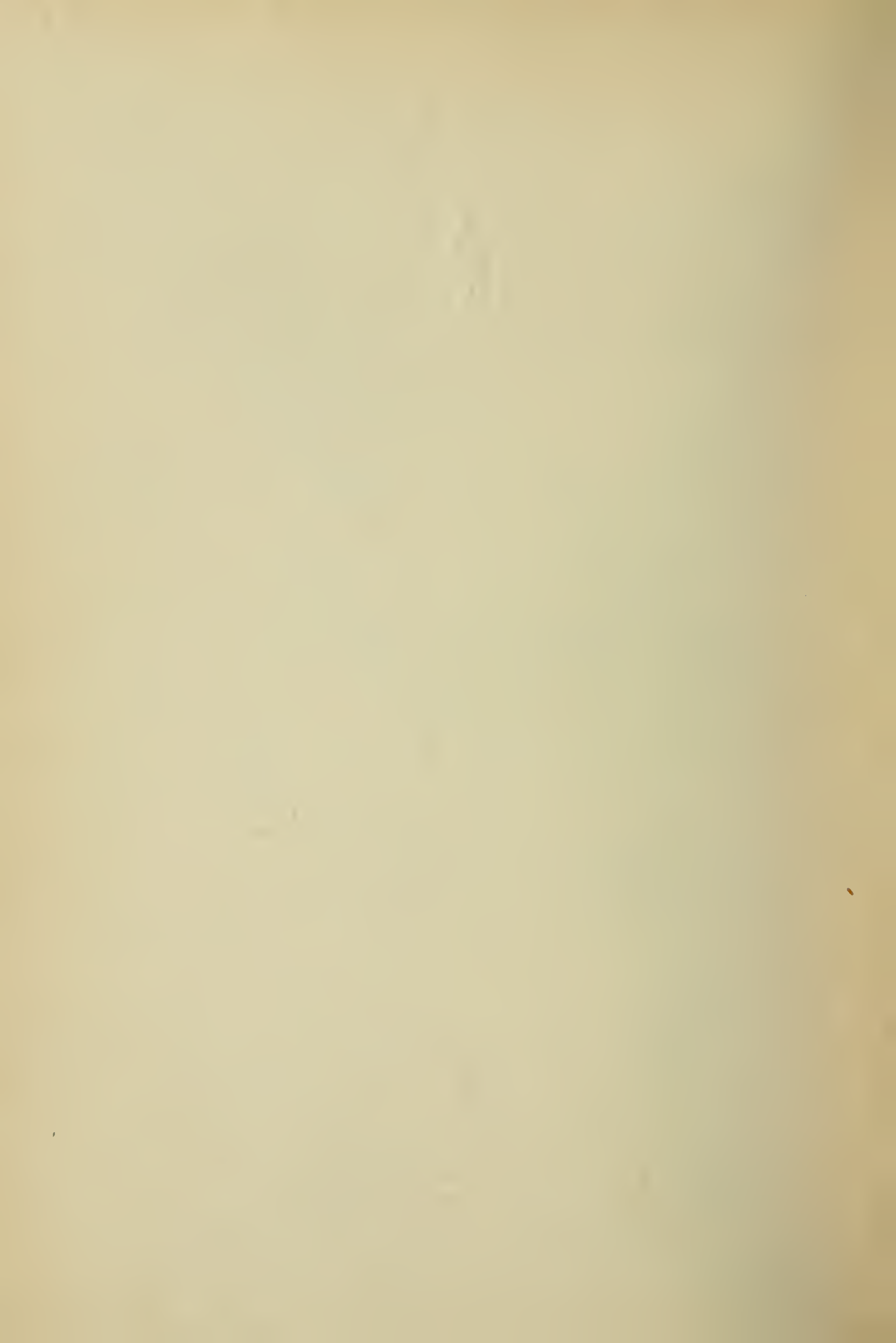

OF
TORONTO
LIBRARY







Heraus aus den Wirren!

Die Nationalpartei der Zukunft.

Ein Wort an alle Vaterlandsfreunde.

Motto:
Nationale Größe.
Soziale Reform.
Deutsche Bildung!
(Deutsches Tageblatt.)

Dritte Auflage.



Berlin 1882.
Verlag von Friedrich Luckhardt.
Behren-Strasse 29.

Inhalt.



Liberalismus und Konservatismus.

„Alle bedeutenden Denker der modernen Philosophie", sagt ein neuerer philosophischer Schriftsteller, „ahnten es und sprachen es aus, daß **Worte es seien, mit denen der Mensch sich selber am ärgsten hintergehe** und **daß sie deshalb auch das trefflichste Mittel seien, Andere zu täuschen, sie in dunkle Verstecke zu locken, und in ewigem Irrthum und unheilbaren Wahn zu erhalten.**" Diese verderblichen Eigenschaften der Worte machen sie denn auch vor Allem geeignet, auf politischem Gebiete als Waffen gebraucht und zur Verwirrung der Gemüther benutzt zu werden. Zu solchen Zwecken ist ein Wort um so dienlicher, je allgemeiner und abstrakter es ist, denn alsdann kann sich Jeder etwas anderes dabei denken, so daß er seinen eigenen Gedanken zu folgen glaubt, während er doch, vom Nebel der Phrase geblendet, einzig und allein fremden Absichten dient. Zu keiner Zeit aber haben diese politischen Abstraktionen eine so große Rolle gespielt als bei den modernen Deutschen; ja es möchte bei einem oberflächlichen Blicke fast scheinen, als fänden alle unsere politischen Kämpfe in Wolkenkuckuksheim statt und drehten sich um die luftigsten Ideengebilde, als da sind „Freiheit", „Rechtsstaat", „Parlamentarismus" u. s. w. Diesem bedauerlichen Zuge des deutschen Geistes gemäß haben denn auch die Parteien ihren Namen erhalten, indem man im Allgemeinen zwischen **konservativ** und **liberal** unterscheidet. Gewiß haben diese beiden Bezeichnungen einen guten Grund und wir werden sehen, daß man sie zur Zufriedenheit beider Theile erklären kann, wenn man ihnen wirklich auf den Grund geht. Indessen dieser allgemeine philosophische Sinn pflegt im politischen Leben von weit geringerem Belang zu sein als die historischen Erinnerungen, die sich an derartige Namen knüpfen.

Die Ausdrücke „konservativ" und „liberal" kamen zuerst nach den Freiheitskriegen auf und wurden, wie damals alle politische Weisheit, aus Frankreich eingeführt. Ihre Erfinder standen offenbar auf **liberalem** Standpunkt, denn „liberal" bedeutet: freisinnig, freigiebig, von vornehmer Gesinnung, während „konservativ" einen Mann bezeichnet, der irgend etwas

erhalten will, wobei es sich denn fragt, **was** er erhalten will. Die Antwort war mit dem Ausdruck „liberal" zugleich gegeben, denn der Gegner des Freisinnigen ist offenbar engherzig; während Jener mit der Zeit fortschreitet und an der Verbesserung menschlicher Zustände arbeitet, will Dieser stehen bleiben und das Alte erhalten, selbst wenn es schlecht und verderblich ist. In Frankreich verstand man denn auch unter den Konservativen die Anhänger des ancien régime, während die Liberalen diejenigen waren, welche an den Errungenschaften der großen Revolution festhielten.

Die deutschen Verhältnisse waren zu jener Zeit leider so gestaltet, daß die Namen „konservativ" und „liberal" durchaus auf dieselben in diesem Sinne paßten, ja mit einem noch weit gehässigeren Beigeschmack für den „Konservativen" als in Frankreich. Denn der französische Konservative schwärmte doch wenigstens für die Traditionen eines glorreichen Königthums, während das, was in Deutschland sich konservativ nannte und im Banne der Metternich'schen Politik stand, nur für die Aufrechterhaltung eines kläglichen, die Nation entehrenden status quo eintrat. Dieser Konservatismus fußte in Preußen nicht auf den Vermächtnissen Friedrichs des Großen, sondern gab das Ansehen des Staates an Oesterreich Preis, für die Nation aber verkörperte er sich im Frankfurter Bundestage. Gewiß hat man jene Zeiten oft unbillig beurtheilt. Es ist zu bezweifeln, ob überhaupt die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, die in den Freiheitskriegen erregten Hoffnungen der Nation zu erfüllen. Preußen in seiner völligen Erschöpfung war jedenfalls außer Stande, eine große aktive Politik durchzuführen, und es ist bewunderungswürdig genug, daß man trotzdem die Energie zur Anbahnung und Gründung des Zollvereines fand. Auf Perioden der Anstrengung folgen nun einmal solche der Ermattung, und man muß sich hüten, die politischen Möglichkeiten nach den Schwärmereien einzelner jugendlichen Köpfe abzumessen. Jene Müdigkeit der Geister kam aber vor Allem dem damaligen Oesterreich zu passe, denn man kann sagen, daß Metternichs ganze Kunst darauf hinauslief, die Erschöpfung Europas für sich auszunutzen. Wenn wir nun aber auch heute bei ruhiger Betrachtung Vieles begreiflich finden, so war eine so objektive Beurtheilung kaum von den damaligen Menschen zu verlangen, die das Herz voll der heiligsten Gefühle aus den Freiheitskämpfen nach Hause kamen und nun so bitter enttäuscht wurden, die gegen Männer wie Arndt und Jahn die Polizei einschreiten sahen, die erleben mußten, daß man ihre Söhne, denen doch nicht viel mehr, als ein etwas exaltirter Patriotismus vorzuwerfen war, in die Gefängnisse warf? Ist es nicht natürlich, daß, wenn man hier die Verfolger als „Konservative", die Verfolgten als „Liberale" betrachtete, sich schließlich mit

dem Worte „Liberal" der Begriff einer einzig anständigen, patriotischen, eines freien Mannes würdigen politischen Gesinnung überhaupt verband? So ward der Begriff Liberalismus identisch mit dem Streben nach der nationalen Wiedergeburt Deutschlands und der Befreiung von drückenden und mit Recht verhaßten Fesseln. Die verdienstvolle Thätigkeit des deutschen Liberalismus in dieser Beziehung ableugnen zu wollen, hieße der historischen Wahrheit ins Gesicht schlagen.

Inzwischen jedoch entwickelte sich der französische Liberalismus immer mehr zum Radikalismus und die jüngere Generation der Deutschen machte seine Wandlung mit. Angesichts dieser auf die Zerstörung gerichteten Tendenzen regten sich denn auch allmählich diejenigen Kräfte, welchen in erster Reihe die Erhaltung des Staates zufällt. Es sind dies überall diejenigen, welche ihn gegründet haben. So auch in Preußen, das seine Größe vor Allem dem Königthum, den Beamten und dem Heere verdankte, dessen wichtigster Faktor, der Offizierstand, wiederum auf dem kleineren Grundadel beruhte. Insbesondere seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. traten diese konservativen Kräfte in einer Weise zu Tage, die man unmöglich noch mit dem Maßstabe der Karlsbader Beschlüsse und Demagogenverfolgung messen kann. Aber die nationalen Zustände Deutschlands waren so verworren, daß es zu keiner klärenden That kam, und so ließ man sich denn von der großen Katastrophe des Jahres 1848 ahnungslos überraschen. Die Ausschreitungen der Revolution riefen natürlich sofort eine Reaktion herbei; fester als je schaarten sich die obenerwähnten Elemente zusammen, denen sich auch der gebildete Bürgerstand allmählich anschloß, nachdem er eingesehn, daß die sich selbst überlassene Revolution wohl zur Anarchie, ganz gewiß aber nicht zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands führen müsse. So hätte denn der Name „Konservativ" wenigstens jetzt einen guten Klang gewinnen müssen. Allein das alte Unglück unserer Nation wollte es, daß zum zweiten Male sich gewissermaßen die Restaurationsepoche wiederholte. Der konservativen Politik gab man den Untergang aller nationalen Hoffnungen, die Aufgabe Schleswig-Holsteins, die Vergewaltigung des hessischen Verfassungsrechtes, gab man Olmütz und die Erniedrigung Preußens vor Oesterreich und Rußland schuld. Kann man sich wundern, wenn sich die Abneigung gegen Alles, was konservativ hieß, aufs Neue der großen Menge bemächtigte? Dazu kam, daß man jetzt, zum Unterschiede von der Restaurationsepoche, wo die Hegel'sche Philosophie florirt hatte, den Zeitgeist durch Beeinflussung des religiösen Sinnes zu bekämpfen suchte. In keiner Beziehung ist aber der Deutsche empfindlicher, als in dieser. Eine Erziehung des protestantischen Theiles unserer Nation zu einer englischen

Kirchlichkeit ist etwas so Unmögliches, daß es die größte Thorheit einer politischen Partei sein würde, wenn sie hieran unmittelbar ihre Kräfte setzen wollte. Werden wir doch bei der Natur des deutschen Charakters nicht irren, wenn wir annehmen, daß die größere Kirchlichkeit der katholischen Deutschen nicht nur auf der strafferen Organisation, sondern auch in der mit Liebe gepflegten Opposition gegen den Protestantismus und das protestantische Gefüge des gesammten deutschen Geisteslebens ihren Ursprung hat. Jedenfalls hatte jene Verquickung von Politik und kirchlichen Tendenzen die üble Folge, daß nunmehr der Konservative von den liberalen Politikern nicht nur als Feind der nationalen Einheit und politischen Freiheit, sondern auch als Gegner der Gewissensfreiheit und der deutschen Bildung hingestellt wurde.

Es kam die Zeit von 1862 bis 1870. Trotzdem der Liberalismus, wie er sich 1848 unfähig in der Erfassung des Momentes erwiesen, so auch dem Bismarck'schen Genius gegenüber eine nahezu unbegreifliche Bornirtheit an den Tag gelegt hatte, kam jetzt doch die Stunde seiner Herrschaft. Die Thaten der Jahre 1866 und 1870 waren ein Werk der nationalen Befreiung; für diese war der Liberalismus stets eingetreten, er konnte also ihre Früchte für sich reklamiren. Wie er aber aus dem Drange nach Befreiung seine ganze Kraft gesogen, so konnte er ihr als politisches Programm auch nichts anderes bieten, als den **Freiheitsbegriff.** Dieses Programm ward zuerst auf wirthschaftlichem Gebiete durchgeführt, dann wandte man es auch gegen die Kirche und das Christenthum selbst. Und nicht nur der Philister ging ruhig mit, die Ansprüche, welche der Liberalismus aus seiner Vergangenheit zog, wirkten so überwältigend, daß sich selbst Fürst Bismarck ihnen beugte und **es eigentlich gar keine konservative Partei mehr gab.** Der Liberalismus hatte Alles in's Schlepptau genommen.

Die Gründerperiode, der Rückgang der Industrie, die Zunahme des Proletariats und der Vagabunden, das Anwachsen der Sozialdemokratie, die Attentate öffneten allen Denkenden darüber die Augen, wohin eine Politik gelangen muß, die dem Volke nur leere Freiheiten zu bieten hat. Es trat eine neue Reaktion ein, die man sehr richtig als einen konservativen „**Hauch**" bezeichnet hat, denn sie war im Grunde nur eine Reaktion des Gemüthes, ein Aufwallen des nationalen Gewissens. Wiederum trat jetzt eine wirkliche konservative Partei in die Schranken. Inzwischen hat sich indessen die Lage vollkommen geändert. Während der Liberalismus früher für Ideen eintrat, ist er jetzt aufs Innigste mit großen und bedeutsamen Interessen verschwistert. So besitzt er denn jetzt neben jenem Kapitale, das in den historischen Erinnerungen liegt, auch andere mächtige materielle Hülfsmittel, um seinen Bestrebungen Nachdruck zu geben. Dies macht den

Kampf gegen ihn doppelt gefährlich und schwierig. Denn immer wieder stellt er sich der Nation als jenen idealen Märtyrer vor, der für die deutsche Einheit in die Gefängnisse geschleppt wurde, immer wieder denunzirt er die Konservativen als Freunde der politischen und kirchlichen Reaktion, als Feinde der nationalen Größe und der Freiheit unseres Vaterlandes, während er doch in Wahrheit seine Taschen voll Gründergewinnen hat und das Geheimniß unserer Zeit nur noch darin erblickt, „keine Zinsen zu verlieren". Und wenn sich auch die schärfer Denkenden nicht mehr täuschen lassen, so hat doch die Mehrzahl, selbst der Gebildeten, kaum Zeit, lange Ueberlegungen anzustellen, reißt sich zudem schwer von einem anerzogenen Gedankengange und einer gewohnten Terminologie los. Kein Zweifel, der Name „Konservativ" arbeitet dem Liberalismus in die Hände, weil es Tausend und Abertausende giebt, die es für ihre Pflicht halten, liberal d. h. freisinnig zu sein, und sich mit diesem Abstraktum zufrieden geben, ohne sich große Schmerzen darüber zu machen, welche höchst konkreten Dinge sie unter dieser Flagge mit in Kauf nehmen müssen.

Wir haben schon oben bemerkt, daß die Worte „liberal" und „conservativ", so viel Unheil sie anrichten, doch auch einen guten Sinn haben. Ein jedes Volk verfügt über eine gewisse Summe von Kräften. Diesen nun gegenüber kann die Politik einen doppelten Standpunkt einnehmen. Entweder wird sie dieselben möglichst entfesseln, ohne zu fragen, wie bald sie sich hierbei im wechselseitigen Spiele aufreiben müssen, oder sie wird in erster Linie danach trachten, auf die Erhaltung, Ansammlung und Dauer dieser Kräfte hinzuwirken. Die erste Richtung kann man die liberale, die zweite die conservative Richtung nennen. Es hat Staaten gegeben, in denen eine dieser Richtung zur ausschließlichen Herrschaft kam. Am Besten für ein Volk wird es sein, wenn beide Principe sich einander die Waage halten, zur richtigen Zeit das Veraltete abgestoßen und das Neue, in welchem die Vergangenheit verjüngt weiterlebt, herbei geführt wird. Der Konservatismus in abstracto ist ohne Frage unfähig, das erste Geschäft zu vollbringen, wohingegen dem Liberalismus wieder die Fähigkeit mangelt, an die Vergangenheit anzuknüpfen und das staatliche Leben organisch weiter zu entwickeln. Mit Recht hat Fürst Bismarck deßhalb gesagt, daß der reine Konservatismus stets Gefahr laufe, zur Reaction auszuarten. Ganz ebenso wohnt jedoch dem Liberalismus die Tendenz inne, zur Revolution zu treiben. Indessen stellen sich diese Principe in der Wirklichkeit doch nur selten so rein dar. Es bezeichnet vielmehr einen hochgradigen Krankheitszustand der Nation, wenn Revolution und Reaction mit einander abwechseln.

Zur Revolution sind wir nun Gott sei Dank noch nicht gekommen; die Furcht, daß eine Reaction im schlechten Sinne bevorstehe, ist deßhalb durchaus ungegründet und wenn liberale Agitatoren diese Parole ausgeben, kann man sie dreist als eine absichtliche Lüge bezeichnen, denn sie wissen recht gut, daß Niemand Lust verspürt, das Zeitalter Metternichs wieder in die Wirklichkeit zurückzuführen, daß gerade die Konservativen von den verschiedenen politischen Freiheiten den kräftigsten Gebrauch machen, und daß Keiner von Ihnen daran denkt, das Volk in seine frühere politische Unmündigkeit zurückzubringen. Eine gefährliche Reaction würde vielmehr erst dann eintreten, wenn der Mißbrauch der politischen Freiheit sich immer weiter entwickelte. Gerade der ins Schrankenlose strebende Liberalismus ist in solchen Fällen der Schuldige, wie wir erst vor Kurzem an der sozialdemokratischen Partei erlebt haben, die das Sozialistengesetz nur den eigenen Maaßlosigkeiten und Ausschreitungen zu verdanken hat.

Ein Verdammungsurtheil über den Liberalismus fällen wir also nicht. Wir haben es oben zu erklären versucht, aus welchen Rechten der Liberalismus seine Herrschaft ableitete. Damit haben wir ihn aber auch gewissermaaßen gerechtfertigt; ihn sowohl, wie diejenigen, welche ihm damals Heeresfolge leisteten, bis sie endlich vor den letzten Consequenzen zurückschreckten. Die letzten Consequenzen führen in der Politik eben immer zum Unsinn, weil sich das vielgestaltige Leben nicht nach dem logischen Leitfaden regeln läßt. Ein persönlicher Vorwurf kann daher aus solchen letzten Konsequenzen niemals entnommen werden.

Wir gehen deßhalb noch weiter und messen dem Liberalismus sogar das Verdienst bei, andere bessere Politik, wie sie heute erstrebt wird, überhaupt erst ermöglicht zu haben. Nicht nur, insofern er jene Consequenzen vor die Augen führte, sondern gerade durch seinen befreienden negativen Charakter an und für sich. Auch die bloße Negation wird manchmal als eine Wohlthat empfunden. Wie unnatürlich waren vielfach die staatlichen Gebilde, welche die napoleonische Zeit schuf! Aber glaubt man nicht, daß das eigentliche Volk, z. B. in den Reichsstädten, es freudig empfand, wenn ein festes polizeiliches Regiment an Stelle der alten verknöcherten Wirthschaft trat? Aus diesem Gefühle der Dankbarkeit ist vielleicht ein guter Theil des heutigen Particularpatriotismus erwachsen, und wir dürfen wohl nicht bezweifeln, daß, wenn der Wiener Congreß etwa das Königreich Westfalen hätte fort bestehen lassen, es heute auch einen von Manchem als Patriotismus gepriesenen westfälischen Partikularismus geben würde. Die deutschen Zustände hatten sich eben so sehr überlebt, daß es nichts mehr half, die alten Baulichkeiten zu stützen. Diese standen nur noch im

Wege. Der Irrthum des Liberalismus ist nur der, daß er meint, die Nation könne nunmehr überhaupt auf ein Haus verzichten. Vor Allem aber erklärt es sich hieraus, wie gerade im außerpreußischen Deutschland der Liberalismus noch am Meisten mit idealen Schimmer umkleidet ist, während er in Preußen selbst nur noch in der brutalen, klopffechterischen Manier der Fortschrittspartei Erfolg hat.

Man will sich von ihm nicht trennen, weil man meint nur in ihm die wahrhaft nationale Gesinnung zu besitzen, obgleich man dabei täglich mit sich selber in Widerspruch geräth und denen in die Hände arbeitet, die man als Feinde der Nation betrachten müßte. Bei dieser Alternative hat der National-Liberalismus, der Ausdruck der oben geschilderten Situation auch in den neuen Provinzen und im Süden keine große Zukunft mehr, und man kann begreifen, weßhalb ihm die Fortschrittspartei so übermüthig entgegentritt. Sie ist sich bewußt, daß Jeder, welcher sich die nationale Gesinnung nicht ohne Liberalismus denken kann, also unter allen Umständen liberal bleiben will, ihr schließlich anheimfällt. Was aber die Fortschrittspartei bedeutet, das beweist wiederum das Verhalten der social-demokratischen Führer. Trotzdem es auf der Hand liegt, daß das Interesse der arbeitenden Bevölkerung bei der Fortschrittspartei am Wenigsten gewahrt wird, haben sie sich doch immer mehr zu dieser, als zu den Conservativen hingezogen gefühlt. Sie wissen, daß die Consequenz des Fortschrittsthumes jene Revolution ist, auf welche sie spekuliren, denn diese ist ihr Ziel und damit ihr persönlicher Triumph, nicht aber das Wohl der von ihnen geleiteten, und verführten Menge.

Sollen wir zu gedeihlichen Zuständen kommen, so ist deßhalb vor allen Dingen nöthig, daß auch das gebildete und nationalgesinnte Bürgerthum unbefangen denken lernt und sich der Täuschung entzieht, mit welcher das Wort „liberal" es umfängt. Hält man es erst in diesen Kreisen für überflüssig, „liberal" zu sein, so hat auch die Demagogie der Fortschrittspartei keinen idealen Hintergrund mehr und wird sehr bald ihren Einfluß verlieren.

Der wirthschaftliche Liberalismus. Das Judenthum.

Wir haben den Konservatismus als diejenige Richtung definirt, welche auf eine Erhaltung der Kräfte der Nation ausgeht. **Die Kräfte der Nation nun offenbaren sich im wirthschaftlichen Leben.** Man hat wohl das Hervordrängen der Wirthschaftspolitik getadelt, und gemeint, dabei

ginge der ideale Sinn verloren. Ein solcher Vorwurf zeugt von sehr wenig Verständniß der Dinge dieser Welt. Wie auf Erden der Geist nur im menschlichen Leibe existirt, so ist auch das ganze Sein eines Volkes durchaus von seiner wirthschaftlichen Existenz abhängig. Die Religion kann freilich einer verfallenden Welt Trost bringen, wie das Christenthum im sinkenden Römerreiche; allein von einer **christlichen Epoche** können wir doch erst sprechen, als sich auch das wirthschaftliche Ansehen Europas vollständig geändert hatte. Es ist gewiß etwas Schönes z. B. um die Stadtmission in einer modernen Metropole. Sie wird vieles Elend im Einzelnen ändern; daß sie dies mit dem socialen Habitus des ganzen niederen Volkes könnte, etwa aus unseren trostlosen Fabrikarbeitern und Proletariern wieder das lustige Handwerkervolk des Mittelalters machen, wird sich wohl nur thörichte Schwärmerei einreden. Und wenn Herr Windthorst meint, mit der „Freiheit der Kirche" sei die sociale Frage von selber gelöst, so kann er sich aus Jansen's „Geschichte des deutschen Volkes" unterrichten, daß die „Freiheit der Kirche" die große sociale Revolution des 16. Jahrhunderts nicht aufgehalten hat, die jenem Autor zufolge auch ohne das Auftreten der Reformatoren hereingebrochen wäre. Ganz ebenso steht es mit den Künsten und Wissenschaften. Bei einem Volke, wo sich aller Reichthum in den Händen von Glücksrittern und Börsenspekulanten zusammenhäuft, muß die Kunst nothwendig auf das niedrigste materiellste Niveau herabsinken. Wenn jeder Einzelne athemlos sich im Kampfe ums Dasein abmüht, so kann es niemals etwas Volksthümliches geben, das zugleich groß und schön wäre, denn es fehlt dem Volke die Kraft, dies zu erzeugen, zu empfinden und zu verstehen. Auch die Wissenschaft wird in einer solchen Zeit immer mehr in den Dienst der reinen Nützlichkeit treten, und, indem sie scheinbar die Herrschaft des Menschen über die Natur vermehrt, doch im Grunde die eigene Thätigkeit des Menschen entwerthen, und ihn so auf umgekehrten Wege in eine weit härtere Abhängigkeit von der Natur zurückbringen. Kunst und Wissenschaft sind die Blüthe der Kultur, nicht ihr Stamm, und die Blüthe richtet sich nach Stamm und Wurzel. Daß aber endlich die Gestaltung der politischen Institutionen durchaus von den wirthschaftlichen Zuständen eines Volkes abhängt, ist eine so augenfällige Wahrheit, daß man sich nur wundern muß, sie so oft außer Acht gelassen zu sehen. Es liegt dies einerseits daran, daß keine Zeit sich weniger mit der Zukunft beschäftigt, als die unsere, und immer gleich meint, was sie innerhalb zehn Jahren nicht erlebt habe, es sei überhaupt unmöglich; so daß also Widersprüche, die im Momente noch halb und halb mit einander auskommen, sich nun auch in alle Ewigkeit vertragen müßten. Dann aber sind die meisten

Menschen mit dem Scheine zufrieden. Wenn z. B. in England de jure Jedermann ins Parlament kann, de facto aber eine Wahl mindestens 10000 Pfund kostet, so wird dies nicht als Census empfunden. So bildete sich ja auch der römische Pöbel noch lange unter Augustus ein, er regiere den Staat, und der Senat blieb theilweise in dieser Illusion sogar bis zum Ende des römischen Reiches befangen. Wer ein wenig genauer hinblickt, der sieht, daß Geld die Welt regiert, allerdings zum Glück nicht immer das kalte Metall, wohl aber in dem Sinne, daß die politische Verfassung eines Volkes von der wirthschaftlichen abhängig, ja nur die andere Seite derselben ist. Es giebt deßhalb keine größere Absurdität, als wirthschaftliche Fragen für politisch gleichgültig zu erklären, da sie vielmehr der Kern und Angelpunkt aller Politik sind. Eine Partei, die dieses thut, beweist, daß sie keine raison d'être mehr besitzt.

Wenn wir uns also gegen den Liberalismus erklären, so haben wir hier zunächst den **wirthschaftlichen Liberalismus** im Auge. Der wirthschaftliche Liberalismus, die Manchesterdoctrin, geht von dem Grundsatze aus, daß das wirthschaftliche Leben möglichst sich selbst zu überlassen sei. Dann würden sich die Kräfte einer Nation am Besten entwickeln. Als Ziel einer solchen Entwicklung aber gilt der **Reichthum**, wie dies schon der Titel des berühmten Buches Adam Smith's „Der Reichthum der Nationen, the wealth of nations" beweist. Hier steckt offenbar schon der Grundirrthum des wirthschaftlichen Liberalismus. Eine Nation kann sehr reich und doch sehr unglücklich sein. Wie in einer schrankenlosen Demokratie beim Ringen um die höchste Gewalt immer Einer schließlich den Sieg davon trägt, so muß auch bei dem allgemeinen uneingeschränkten Ringen um den Reichthum, um das Geld, der Sieg stets einer kleinen Anzahl von Leuten zufallen, nicht den Besten und Fleißigsten, sondern den Klügsten und Schlauesten, welche die Kräfte ihrer Mitbürger am Rücksichtslosesten für sich auszubeuten wissen. Wir haben diesen Prozeß bereits im alten Rom erlebt, das an der Latifundien-Wirthschaft zu Grunde ging, so daß man in den letzten Jahrhunderten die steuerfähigen eigentlichen Bürger förmlich mit Ketten festschmieden mußte, um überhaupt noch einen Staatsertrag zu erzielen. Ist es nicht jetzt ähnlich, nur daß die Ansammlung der Reichthümer sich bis jetzt anscheinend nur auf das Kapital bezieht? Der Prozeß, der das Kapital ergriffen hat, muß indessen schließlich auch den Grundbesitz ergreifen, welcher doch rein illusorisch wird, wenn er dem Kapital vollständig verschuldet ist und jeden Augenblick von ihm eingezogen werden kann. Gewiß sind wir noch nicht so weit wie im alten Rom, aber daß ähnliche Gefahren drohen, kann nur ein Blinder verkennen. Hier

sehen wir denn auch, worin die Macht des **Judenthumes** besteht. Eine fest zusammenhaltende Minorität wird immer den Sieg über die Majorität davon= tragen. Der ungeheure Zusammenhalt der Judenschaft vervielfacht im all= gemeinen Kampfe ums Dasein die Kraft des einzelnen Juden. Während Jeder von uns vollständig allein steht, findet Jener instinctiv stets bei seinen Stammesgenossen Hülfe und Unterstützung. Alle Korporationen und or= ganischen Bildungen sind aus unserm wirthschaftlichen Leben verschwunden, aber das Judenthum in seiner Gesammtheit wirkt wie eine gewaltige Kor= poration, ja wie eine geschlossene Kaste, von der sich selbst der äußerlich abgefallene, der Getaufte, nur selten loszulösen vermag, er müsste denn auch durch Heirath oder Blutsmischung dem Judenthum gründlich entfremdet sein. Man hat früher gewitzelt, daß die Juden die Gläubiger der Könige seien; weit schlimmer ist, daß sie immer mehr die Gläubiger der Völker und damit ihre Herren werden. Es wäre überflüssig, über den ungeheuren Einfluß des Judenthums noch ein Wort zu verlieren, ja wohl schon gefährlich, ihn in seinem **ganzen** Umfange zu schildern. Wie weit das Judenthum im Gegen= satz zu unserm eigenen Volksthum steht, kümmert uns hier ebensowenig, als sein etwaiges moralisches Verhalten. Das Judenthum nimmt seine Stellung nur ein in Folge der Verhältnisse, die wir selber geschaffen haben, **nicht als solches.** Wenn heute sämmtliche Juden aus Europa vertrieben würden und unsere Gesetze blieben dieselben, träte bald eine Klasse einheimischer Geld= macher an ihre Stelle und es wäre Nichts gebessert. Man hat das in Deutschland bereits einmal erlebt. In den letzten beiden Jahrhunderten des Mittelalters musſten die Juden fast aus allen unsern Städten weichen, ohne daß die abschüssige Entwicklung irgendwie dadurch aufgehalten wurde. Allerdings ist es etwas wahrhaft Tragisches in der Geschichte des jüdischen Volkes, daß dieses immer von Neuem in dieselbe Stellung geräth, sich auf Kosten der Völker zwischen denen es lebt, zu bereichern und so sich schließlich den allgemeinen Haß zuzuziehen. Versuchen wir es, gerecht zu sein. Man hat gesagt, die soziale Frage sei wesentlich Judenfrage. Das ist ent= schieden falsch, denn die soziale Frage bliebe bestehen, wenn es auch keinen Juden mehr gäbe. Richtig ist vielmehr, daß die Judenfrage ein Symptom der sozialen Frage ist und daß sie mit Lösung dieser auch ihre Gefahren verlieren würde. Die gesellschaftliche Stellung des Juden ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung unserer sozialen Verhältnisse. Ein organisches, starkes Gemeinwesen würden auch diese fremden Gäste ertragen können, ohne sich vor ihnen zu fürchten zu brauchen, ganz gewiß aber würde es sie nicht zu Herren des Hauses werden lassen. Die Stärke der Juden wurzelt in unserer Schwäche; wir haben, wie Esau, das Recht der Erstgeburt für das Linsenge=

richt freiheitlicher Phrasen hingegeben. Nicht deshalb trifft uns Schuld, weil wir es mit jüdischer „Klugheit“ und — „Waarenkenntniß“ nicht aufnehmen können, sondern weil wir unsern gesunden Menschenverstand übertölpeln ließen. Ein jüdischer Schriftsteller hat gesagt, jedes Volk habe die Juden, die es verdiene; wenn wir jüdische Geldfürsten haben, die Krieg und Frieden machen und die Welt von ihrem Komtoirsessel und ihren Börsenplätzen aus beherrschen, so müssen auch wir eingestehen, daß wir dieselben verdient haben. Diesen Hauptpunkt sollte man bei allen Agitationen gegen die Juden im Auge haben, da dieselben sonst über das Ziel hinaus schweifen und gehässig werden. Der Deutsche ist ein etwas empfindsamer Mensch; meint er, daß Jemand Unrecht erleide, so enthusiasmirt er sich sofort für denselben. Haben doch die Juden ihr moralisches Ansehen nur den ewigen Klageliedern zu verdanken, welche sie über die ihnen angeblich im Mittelalter widerfahrene grausame Behandlung anstimmten. Anfangs suchte man dieses an ihnen durch eine ganz besondere Zärtlichkeit wieder gut zu machen, bis sie vermuthlich nach dem Rechte der Usukapion, diese Zärtlichkeit als Recht in Anspruch nahmen und nunmehr unwirsch werden, sobald sich Einer auch nur einmal ein objektives Urtheil über sie erlaubt, wie es sich doch sämmtliche andere Völker des Erdballs müssen gefallen lassen.

Wir würden es aber für ein großes Unglück halten, wenn die Aufmerksamkeit von der Judenfrage abgelenkt oder diese von einer falschen Sentimentalität wieder in den Winkel gedrückt würde. Gerade daß die letzte Consequenz des wirthschaftlichen Liberalismus in der Stellung des Judenthums, eines fremden, Allen erkennbaren Volkes, zum Ausdruck kommt, macht dieselbe für die Masse weit verständlicher und die Heilung der socialen Schäden leichter. So kann vielleicht das Judenthum uns noch zum Segen gereichen. Wir haben genug Juden, um über die Schäden unserer socialen Zustände Klarheit zu gewinnen, aber auch nicht so viel daß wir an ihnen zu Grunde gehen müßten und der socialen Revolution nicht ausweichen könnten. Gerade diese Mittelstellung ermöglicht es vielleicht Deutschland, der Welt mit dem leuchtenden Beispiele socialer Reformen voranzugehen.

Uebrigens sind die Uebertreibungen der Judenfrage schon deshalb abzuweisen, weil das Mittel fehlt, sie auf legalem Wege zu verwirklichen. So lange die Juden ihre wirthschaftliche Präponderanz behalten, ist jeder Ansturm vergeblich, und so lange muß es daher auch als eine müßige Deklamation bezeichnet werden, wenn man von einer völligen Aufhebung der Emancipation spricht, oder gar einer Vertreibung das Wort redet, wobei es unerörtert bleibt, wer denn eigentlich die vertriebenen Juden aufnehmen soll, die vermuthlich von überall her mit Dank zurückgeschenkt würden. Freilich wäre vom Staate zu

verlangen, daß er wenigstens auf administrativen Wege dem Ueberwuchern des Judenthums entgegenträte. Aber auch dies wird nur auf Drängen der politischen Stimmung des Landes geschehen, die wiederum nur aus der Erkenntniß unserer wirthschaftlichen Zustände hervorgehen kann. Wie wenig Nachdruck aber diese Stimmung trotz alledem bis heute besitzt, beweist der eine Umstand, daß man noch nicht einmal daran gedacht hat, wenigstens der skandalösen Leichtigkeit ein Ende zu machen, mit welcher jeder Fremde deutscher Bürger werden kann. Hier wäre doch gewiß eine Aenderung noch am schnellsten herbeizuführen und wenigstens die östliche Grenze alsdann schwerer zu passiren sein. Daß wir es für unangemessen halten, wenn Juden obrigkeitliche oder richterliche Stellen inne haben, brauchen wir kaum zu versichern. Aber hat die Agitation gegen diesen Uebelstand im Momente irgend welche Aussichten, eine Partei es in der Hand, die Gesetzgebung in dieser Beziehung abzuändern. Wir meinen, daß erst eine ganz andere politische Situation geschaffen werden muß, ehe dies möglich wird und wünschten deshalb, daß man vor allen Dingen hierauf seine Energie verwende.

Die sociale Frage findet indessen ihren Ausdruck nicht nur in der Anhäufung von Kapitalien, sondern auch in der Entwerthung des Individuums, wie sie die Masseninduſtrie unserer Tage herbeigeführt hat. Gerade diese Seite der socialen Frage macht sich am Meisten bemerkbar, weil auf ihr die gesammte Agitation der Sozialdemokratie beruht. Wenn sich die letztere weniger gegen das Kapital als solches richtet, wird man dies doch nicht nur jüdischem Einflusse zuschreiben dürfen. Daß es einzelne schwer reiche Leute giebt, ist dem Arbeiter nicht weiter empfindlich, wohingegen sein Verhältniß zur Industrie und zum Fabrikanten sein ganzes Leben ausmacht. Wir sagten schon, daß der Mensch auf umgekehrten Wege wieder in die Sklaverei der Natur, oder vielmehr der abstrakten Naturkräfte gerathen sei. In der That, wie viel angenehmer war doch das Loos eines glebae adscriptus, eines mittelalterlichen an die Scholle gebundenen Leibeigenen, im Vergleiche mit der eines modernen Arbeiters, der sein Tage als willenloser Bedienter der Maschine verbringt! Jener hatte doch Wald und Wiese, ihn erfreute das Wachsthum der Felder, er sah Sonne, Mond und Sterne, während Dieser ewig in den entsetzlichen, raucherfüllten Fabriken steckt, gegen die vermuthlich selbst die Ergasterien der römischen Sklaven angenehme Aufenthalte waren. Wie die soziale Frage als Arbeiterfrage sich am Meisten subjektiv geltend macht, so entpuppt sich denn auch auf diesem Gebiete die ganze unsittliche Konsequenz des wirthschaftlichen Liberalismus. Das die allgemeine Freiheit nur Einzelnen zu gute kommt, mag noch hingehen; es ist wenigstens von vornherein nicht unmoralisch, denn die allgemeine Gleichheit ist nirgends in der Natur

zu finden und auf diese können auch die Gegner des Liberalismus nicht rekurriren. Was soll man aber zu dem Grundsatz: **„Arbeit ist Waare"** sagen, dem dieser selbe Liberalismus die Regelung des wirthschaftlichen Lebens anvertrauen will? Gerade darin besteht die Ehre der menschlichen Arbeit, daß sie mit der menschlichen Persönlichkeit selbst verwachsen ist. Wenn Arbeit Waare ist, denn ist auch der arbeitende Mensch Waare. Und in der That, als solche wird er auf dem „Arbeitsmarkte" angesehen, auf welchem es sich nirgends um die Möglichkeit einer erträglichen Existenz für die Arbeiter handelt, sondern nur auf eine möglichst billige Beschaffung der Arbeit, wobei denn die Familie selbst unbarmherzig zertrümmert und Frauen und Kinder herangezogen werden, um dem Manne Konkurrenz zu machen. Desinit in piscem mulier formosa superne; dies Wort gilt schlagend auf die liberale Theorie. Den Anfang machen jene „Menschenrechte," ein wahres Füllhorn von, leider durchaus inhaltslosen Freiheiten, und schließlich erscheint derselbe Mensch, dem man nicht von seiner „Würde" vorreden konnte, als „Waare" auf dem von „Angebot und Nachfrage" regulirten Arbeitsmarkte.

Die Einschränkung des Kampfes um's Dasein.

Die Kraft der liberalen Theorie nun besteht einmal im Zauber des Freiheitsbegriffes, zum zweiten aber darin, daß sie sich als das eigentlich selbstverständliche giebt. Es klingt so schön, wenn man sagt, man soll der Natur nur freien Lauf lassen, die werde es schon am Besten machen. Wir sind überzeugt, in der Anhänglichkeit unserer Gebildeten an den wirthschaftlichen Liberalismus steckt noch ein Theil jener sentimentalen Naturschwärmerei, der am Ausgang des vorigen Jahrhunderts unsere Literatur beherrschte. Man vertraut auch bei wirthschaftlichen Schäden auf die Heilkraft der Natur, etwa wie ein Kranker, welcher meint, seine gute Natur werde sich schon selber helfen. Leider handelt es sich hier jedoch nicht um die Aeußerung der Natur in einem Einzelwesen, sondern um eine komplizirte Vereinigung natürlicher Wesen, und die gegenseitigen Beziehungen derselben sich selbst zu überlassen, heißt einfach, den **Naturzustand** herbeiführen. Einem Rousseau konnte dies vielleicht wünschenswerth erscheinen, da ihm der Naturzustand zugleich als der paradisische erschien. Allein unsere Liberalen dürften kaum noch diese Illusion theilen. So viel haben sie denn doch von Darwin gelernt, um zu wissen, daß der Naturzustand, der Zustand des noch uncivilisirten Menschen, keineswegs eine friedliche Idylle, sondern ein auf das brutale Recht des Stärkeren basirter Krieg Aller gegen Alle war, wie er noch heute

in den Beziehungen der Völker untereinander statthat, wo Furcht und Egoismus die einzigen polizeilichen Gewalten sind. Auch würden die Schwärmer für die größtmögliche „Freiheit“ sich wohl bedenken, wenn man ihnen zumuthen wollte, einmal versuchsweise das Strafgesetzbuch abzuschaffen und zu sehen, wie sich die Natur selber hilft, vielmehr der Ansicht Schopenhauers sein, daß sie in einem solchen Falle auch nicht einmal allein mehr über die Straßen gehen möchten. Richtet denn aber die absolute wirthschaftliche Freiheit weniger Unheil an? Wie ohne das Strafgesetzbuch der physisch Starke und Schlaue sich bald Alles erlauben würde, so wird bei vollkommener wirthschaftlicher Freiheit auch der wirthschaftlich Starke und der Listige sich bald Alles erlauben. Exemplificiren wir einmal auf die Völkerbeziehungen. Die Völker leben miteinander, wie Individuen. Nun denken wir uns einmal eine Anzahl von Menschen mit einander leben, bei der jede Individualität einer Volksindividualität entspräche, der eine also etwa den Charakter eines Franzosen, der zweite den des Italieners, der dritte den des Deutschen, der vierte den des Engländers hätte. Müßte nicht, wenn diese Vier bei vollkommener Freiheit mit einander konkurrirten, der Engländer zwischen ihnen bald eben dieselbe Rolle spielen, wie heute auf dem Boden der Geschichte, wo er alle andere „freie Konkurrenz“ einfach vernichtet und bald den ganzen Erdball sich und seinen Geldinteressen wird dienstbar gemacht haben? Läge es nicht im Vortheil der drei Andern, die doch auch ihre guten Eigenschaften haben, nur nicht so viel Brutalität, Egoismus und Schlauheit, wenn die vier einen Gesellschaftsvertrag abschlössen, der ein allzu starkes Uebergreifen jenes Einen hinderte? Wir glauben, die Richtigkeit dieses Vergleiches wird ein Deutscher um so eindringlicher fühlen, als er ja an dem Juden einen Konkurrenten hat, der ihn über die Folgen der freien Konkurrenz zwischen verschiedenen Volksindividualitäten ausreichend belehrt.

Die freie Konkurrenz führt auf wirthschaftlichem Gebiete den Naturzustand zurück, d. h. sie macht den Kampf ums Dasein zum obersten Gesetze. Ja, wird man sagen, das mag traurig sein, aber wie soll die Menschheit anders vorwärts schreiten? Nur der Kampf ums Dasein führt die nothwendige Auslese, the survival of the fittest, das Ueberleben des Tüchtigsten herbei. Man übersieht, daß dies **Tüchtigste** doch nur ein **Tüchtigstes** in Bezug auf die Bedingungen jenes Kampfes ums Dasein ist, womit keineswegs gesagt wird, daß es zugleich an und für sich das Beste und Schönste ist. Kennt doch die Natur eine Menge von Rückbildungen. Wenn in sandigem Boden die Kiefer am Tüchtigsten zum Fortkommen ist, heißt das, sie sei der Edeltanne vorzuziehen? Macht

man unfruchtbaren Boden nicht durch künstliche Mittel fruchtbar und wirkt auch auf andere Weise auf ihn ein, um so die Bedingungen des Kampfes ums Dasein zu erleichtern und zu verbessern? Weit entfernt, daß der Grundsatz der freien Konkurrenz selbstverständlich sei, ist er vielmehr eine absurde Erschleichung, bei der man den ganzen Unterschied zwischen Natur und Geschichte vergißt. Die bewußtlose Natur muß allerdings den blinden Kampf ums Dasein ungehindert schalten lassen, aber der ganze Fortschritt der menschlichen Gesellschaft bestand darin, daß man diesen allgemeinen Kampf immer mehr einschränkte. In der Natur gilt nur das Recht des Stärkeren, in der Geschichte aber soll auch der Schwächere zu seinem Rechte kommen, der vielleicht unter Umständen der Edlere ist. Das beste Beispiel liefert die Geschichte des Weibes. Man denke nur wie sich im Naturzustande das Verhältniß zwischen Mann und Weib gestaltete, letzteres die Sklavin und Dienerin des Mannes ward, von diesem als das schwächere Geschlecht nur benutzt und ausgenutzt. Noch ist die Menschheit keineswegs zu jenem letzten Ziele gelangt, in welchem der schwächeren Frau ihr ganzes Recht würde, ein Ziel, das sich nur verwirklichen ließe, wenn das Ideal der christlichen Ehe uns gleichsam zu einem Naturgesetz geworden wäre. Wohl aber ist das Verhältniß zwischen Mann und Weib gleichsam der Prüfstein der wahren Civilisation. Und auch bei uns offenbart sich die sociale Frage in ihrem Einfluß auf die Stellung des Weibes. Die Ehen nehmen ab, die Prostitution nimmt zu. Nun kommt man mit Vorschlägen, die doch nicht helfen können, redet von einem „Rechte der Frauen auf Arbeit." Als ob ihnen mit diesem Rechte gedient wäre, das sie nur immer tiefer stoßen muß, dem Manne Nachtheile durch Verbilligung der Arbeitswaare bereitet, aber ihnen selbst nur in Ausnahmefällen einen ausreichenden Unterhalt gewährt, so daß die Prostitution unvermeidlich erscheint. Die Frau hat nur ein Recht, **Frau** zu werden, Genossin des Mannes und Mutter seiner ehelichen Kinder. Je mehr sich die Gesellschaft desorganisirt, desto spärlicher wird sie von diesem Rechte Gebrauch machen können, vielmehr in der allgemeinen freien Konkurrenz wenn auch unter allerhand Verschlingungen wieder in die Sklaverei des Naturzustandes herabsinken, in dem man nur ihren Körper und ihre Arbeitskraft taxirte. Daß die sogenannte freie Liebe, die man für die vollkommenste Frauenemancipation ausgeben wollte, schließlich zu einer orientalischen Haremswirthschaft führen würde, bezweifelt wohl kein Einsichtiger. Die absolute Freiheit ist eben für den Schwachen kein Schutz, wie denn schon Napoleon I. erklärte, die Freiheit sei nur das Bedürfniß einer wenig zahlreichen Klasse, die von der Natur mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten ausgestattet sei.

Wir können demnach mit gutem Grunde behaupten, daß der Grundsatz der modernen Wirthschaftspolitik, die Dinge sich selbst zu überlassen, ein geradezu barbarischer und der civilisirten Menschheit vollkommen unwürdiger ist. Wie Jemand, der plötzlich an der Meeresküste die Deiche durchstechen wollte, hieran verhindert werden müßte, wenn er nicht die absolute Nothwendigkeit einer solchen Maßregel nachwiese, so ist auch derjenige zurückzuweisen, der da behauptet, der Staat, in welchem die menschliche Gesellschaft ihrer selbst bewußt und zu einem vernünftig handelnden Wesen wird, solle die wirthschaftlichen Dinge sich selbst überlassen und höchstens dafür sorgen, daß seine Angehörigen sich bei diesem wirthschaftlichen Kriege Aller gegen Alle nicht auch noch gegenseitig todtschlagen. Noch absurder aber ist die Anschauung, als sei diese wirthschaftliche Freiheit in den Beziehungen der Staaten gegen einander das Selbstverständliche. Selbstverständlich ist vielmehr, daß jeder Staat seine eigenen Interessen zu Rathe zieht und sich auf jede nur irgend mögliche Weise seiner Haut wehrt. Innerhalb des einzelnen Staates, wo dieser doch immer noch als das äußerlich Zusammenhaltende erscheint, ist ein solcher Trugschluß wenigstens verzeilich. Auf internationalem Gebiete aber, wo der Kampf ums Dasein noch immer das ausschließliche Gesetz ist, die eigene Wehrlosmachung als Princip zu proclamiren, ist eine Gedankenlosigkeit, wie sie nur deutschen Köpfen beikommen konnte. Es muß deßhalb auch energisch gegen das verschämte Freihandelsprincip protestirt, wonach der Freihandel wenigstens das „letzte Ideal“ sein soll. Wenn frühere Freihändler mit dieser Phrase ihre Bekehrung beschönigen wollen, so kann man ihnen dies gönnen, für uns klingt sie ebenso widernatürlich, als wenn Jemand behaupten wolle, das letzte Ideal des Menschen sei, nichts mehr zu essen und von Luft zu leben, was ja allerdings am billigsten sein würde. Wir können nun einmal die wirthschaftliche Gesellschaft nicht als etwas gänzlich vom Staate Getrenntes anerkennen, müssen vielmehr diesem die Aufgabe zuschreiben, daß er die wirthschaftlichen Verhältnisse ordne und hier seine civilisatorische Mission in einer möglichsten Einschränkung des verheerenden allgemeinen Kampfes ums Dasein erfülle. Dabei wird es freilich nicht ausbleiben, daß die Gegner uns socialistischer Anschauungen verdächtigen. Hat doch ein hervorragender Liberaler sich einmal so ausgedrückt, daß man annehmen mußte, er betrachte eigentlich jeden Widersacher der Manchesterdoctrin als dem Sozialistengesetze verfallen. Dergleichen dürfte indessen nur sehr naive Geister in Schrecken versetzen. **Etwas anderes ist Sozialismus und Sozialdemokratie.** Die Sozialdemokratie ist die Reaktion der Arbeiter gegen die Folgen der freien Konkurrenz und der absoluten Kapitalswirthschaft: concentrirt diese nach und nach alles Vermögen und alle Macht in die

Hände weniger Geldbarone und Großindustrieller, so verfallen die Sozialdemokraten in das entgegengesetzte Extrem, wollen überhaupt keine Unterschiede mehr dulden und die ganze Menschheit in eine Heerde Arbeiter in der großen Staatsfabrik machen. Eine wahrhafte Sozialpolitik aber, indem sie die Desorganisation der Gesellschaft verhindert, ist gerade das einzige Mittel gegen die Sozialdemokratie. Es sind das sämmtlich alte Dinge, die schon oft in der Geschichte eine Rolle gespielt haben, nur daß unsere Zeit, wie bei vielen anderen Verhältnissen, hier zum ersten Male den scharfen abstracten Begriff ausgeprägt hat. Wissen wir einmal, was Sozialismus bedeutet, so merken wir bald, daß das sozialistische Princip gerade in den Perioden der Weltgeschichte am kräftigsten war, wo am wenigsten von socialen Revolutionen die Rede war. Nur die Verwirrung der Geister, die Neuheit des Wortes konnte es mit sich bringen, daß Manchen das Wort des Fürsten Bismarck, wir würden wohl noch manchen Tropfen sozialistischen Oeles in unsere Anschauungen gießen müssen, als ein Paradoxon erschien. In der That dürfte nur dieses Oel im Stande sein, die Stürme einer sozialen Revolution zu glätten. **Wer dem wirthschaftlichen Liberalismus entgegentritt, der wird daher nicht umhinkönnen, sozialistisch zu sein,** denn alle sozialen Reformen können doch nur darin bestehen, daß an Stelle der allgemeinen wirthschaftlichen Freiheit wieder eine feste soziale Ordnung trit.

Freiheiten und Rechte. Die Arbeiterfrage.

Der Liberalismus weiß dem Volke nichts zu bieten, als Freiheiten, unbegrenzte Möglichkeiten, die aber vielleicht niemals Wirklichkeiten werden. Seine Segnungen sind höchstens die einer Lotterie. Jeder, der ein Loos nimmt, hat allerdings die Möglichkeit, das große Loos zu gewinnen — so kann sich auch jeder Fabrikarbeiter einreden, als Krupp oder Borsig zu enden. Aber nur **Einer** gewinnt das große Loos, die Meisten gehen mit Nieten nach Hause. Was haben diesen ihre Loose genützt? Was nützen den Millionen Menschen ihre Freiheiten, wenn sie doch keinen Vortheil davon haben, wenn nur Wenige die Gewinner sein können? Sie sind ein durchaus imaginärer Besitz.

Wie sind nun aber jene Freiheiten entstanden? Wir haben mit der Meinung nicht zurückgehalten, daß fast Alles, was man abgeschafft, sich überlebt hatte. Allein es war doch einmal etwas Lebendiges, Nützliches, Ersprießliches und so ist es gewiß nicht unwichtig zu wissen, worin denn alle diese Hindernisse der wirthschaftlichen Freiheit ursprünglich bestanden. Hierauf können wir

aber nur die eine Antwort geben, daß sie **sammt und sonders anfänglich wohlerworbene Rechte waren.** Damit aber haben wir auch zugleich den wahren und tiefen Unterschied zwischen einem wirthschaftlich geordneten und einem desorganisirten Staate ausgegeben: **in jenem hat Jedermann feste Rechte, die er durch irgend eine Pflichterfüllung erwirbt, in diesem dagegen nur Freiheiten und ist schließlich trotz aller hochtönenden Redensarten wirthschaftlich ebenso rechtlos,** wie er es politisch in einem Staate sein würde, wo die politische Organisation der allgemeinen Freiheit, d. h. der Anarchie Platz gemacht hat. Nicht genug kann dieser Unterschied dem Volke klar gemacht werden, der den Kern der Sache trifft: der Liberalismus giebt ihm inhaltslose **Freiheiten,** mit denen sich nichts anfangen läßt, der Konservatismus **Rechte,** von denen Jedermann, seiner Stellung gemäß, etwas hat.

Die schlimmsten Feinde des Staates — wofür sie freilich selber nichts können — sind nun die gänzlich Besitzlosen. Was kann denen das Vaterland und der Staat werth sein, die nicht den geringsten Antheil daran haben? Je größer die Anzahl der völlig Besitzlosen, des eigentlichen Proletariates ist, desto bedenklicher ist es deshalb um die Erhaltung des Staates bestellt. In irgend einer Weise die Menge der Besitzenden zu mehren, ist deshalb die vornehmste Aufgabe einer staatserhaltenden, konservativen Politik. Der Besitz aber ist manigfacher Art: auch sociale Rechte sind ein Besitzthum. Kann man den Arbeitern kein Kapital verschaffen, so liegt doch die Möglichkeit vor, ihnen sociale Rechte zu übertragen, die sie mit ihrem Loose versöhnen und ihnen die Freude am Dasein zurückgeben, denn woher soll diese kommen, wenn der Mensch trotz angestrengtester Pflichterfüllung doch rechtlos bleibt? In dieser Lage aber ist unser Arbeiter und wenn sie ihm bisweilen gelindert wird, so soll er sich noch dafür bei der Barmherzigkeit und Mildthätigkeit seiner Mitbürger bedanken. Er sieht, wie der Beamte durch treuen Dienst sich ein Anrecht auf Pensionen erwirbt, er sieht, wie die besitzenden Klassen im Stande sind, sich einen Nothpfennig zurückzulegen. Trifft ihn aber andauernde Krankheit oder Alter, so ist er nicht viel besser daran, wie die Thiere; er müßte zu Grunde gehen, wenn er nicht Almosen empfinge. Sollen ihm diese Almosen schmecken? Verlangt man, daß er für einen Staat, für eine menschliche Gesellschaft Liebe empfindet, die mit ihm nichts anzufangen weiß, als ihn aufzubrauchen? So entsteht jene Gesinnung, von der schon Macaulay dereinst die Zertrümmerung unserer Civilisation fürchtete und die in der Pariser Commune bereits ihre ersten Früchte gezeitigt hat.

Hier ermessen wir denn die ungeheure Bedeutung der vom Fürsten Bismarck in Aussicht genommenen Arbeiterversorgung bei Unfällen, Krankheiten

und im Alter. Daß man die gewaltige Tragweite dieses Gedankens selbst auf gemäßigt liberaler Seite so langsam erfaßt, ist wohl nur durch die dem Deutschen eigene geistige Langsamkeit zu erklären. Alle principielle Bekämpfung dieser Ideen aber muß ohne weiteres auf böse Absicht zurückgeführt werden. Hat man doch die Verdrehung der Wahrheit und die Nichtswürdigkeit so weit getrieben, den Arbeitern einzureden, man wolle sie gerade durch jene Fürsorge zu Almosenempfängern machen, während man sie doch umgekehrt in den Besitz eines Rechtes setzen will, welches ihnen nach dem Prinzip ausgleichender Gerechtigkeit auf die bürgerliche Gesellschaft zusteht.

Unbedingt zu fordern ist jedoch, daß eine solche Maßregel vom Staate durchgeführt wird, daß sie den Arbeiter in Verbindung mit dem Staate bringt, denn sonst hätte sie **vielleicht** (d. h. wohl auch nur im Bereiche des abstrakten Gedankens) einen sozialen, aber gewiß keinen **politischen** Werth. Sie soll den Arbeiter ans Vaterland ketten, sie soll ihm dasselbe Interesse an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung geben, welches man sonst nur bei den besitzenden Klassen findet, bei denen im entscheidenden Augenblick die konservative Gesinnung schon durch den lieben Egoismus in Bewegung gesetzt wird.

Weßhalb wir aber gerade den Staat und die bürgerliche Gesellschaft hier eingreifen lassen wollen, haben wir schon oben gesagt. Um der Kirche die Rolle einer ausgleichenden sozialen Macht zurückzugeben, welche sie ohne Frage im Mittelalter spielte, müßte Alles auf den Standpunkt der mittelalterlichen Gesellschaft zurückgeschoben werden, woran wohl nur reaktionäre Phantasten oder Fanatiker denken. Die Umwälzungen, die ein solcher Rückschritt erforderte, wären zudem so gewaltig, daß man schwerlich den Veranstaltern derselben noch einen konservativen Charakter beimessen könnte. Die eigentlich konservative Staatskunst wird auch hier, wie immer, darin bestehen, die Erscheinungen der Zeit möglichst zu einer dauernden, harmonischen Ordnung umzubilden. So gilt von dem großen Staatsmanne gewissermaßen dasselbe, was Göthe von den Dichtern fordert:

Und was in schwankender Erscheinung schwebt,
Befestiget in dauernden Gedanken.

Wenn Fürst Bismarck irgendwo seine Bedeutung bewiesen hat, so ist es durch die Initiative geschehen, die er in der Arbeiterfrage ergriff. Gewiß haben schon Andere zu solchen, die sozialen Gegensätze abschwächenden Maßregeln gerathen. Man vergesse indessen nicht, daß es etwas ganz anderes ist, ob ein einsamer Schriftsteller gefahrlose Anregungen giebt, oder ein Mann von der Stellung des Fürsten Bismarck sich eines solchen Gedankens bemächtigt. Die Beides auf eine Stufe stellen, machen sich denn doch die

ungeheure Verantwortlichkeit eines Staatsmannes nicht klar und wissen nicht, was in der Weltgeschichte der Anfang bedeutet, der die That ist. Höchst absurd ist es ferner, wenn man im Bestreben, den Arbeiter an den Staat zu fesseln, eine cäsaristische Politik erblickt. Die Politik der Cäsaren bestand darin, den hauptstädtischen Pöbel zu füttern und dadurch sich geneigt zu erhalten, um alsdann gegen alle anständigen Leute wüthen zu können. In unsern Augen sind die Arbeiter kein Pöbel, sondern ehrenwerthe Männer, die sich im Schweiße ihres Angesichts quälen, und von deren Entbehrungen gerade aller jener Glanz ausgeht, auf den sich die moderne Civilisation am meisten zu Gute thut. Von der Fütterung des Müßigganges ist erst recht keine Rede. Ebenso thöricht ist der Vorwurf, die Pläne des Reichskanzlers beruhten auf napoleonischen Ideen. Wäre dies eine Schande? Auch Napoleon war denn doch schließlich ein Staatsmann, der es mit unsern Fortschrittshelden aufnehmen kann. Napoleon III. hat allerdings vielfach im schlechten cäsarischen Sinne sich der Arbeiter angenommen, indem er nämlich möglichst durch Bauten für ihre Beschäftigung sorgte. Eine Beschäftigung von Staatswegen will ja auch die Sozialdemokratie. Die Pläne des Fürsten Bismarck beziehen sich indessen nicht auf die Arbeit, sondern auf die **Arbeiter** als solche. Ein Recht auf Arbeit kann der Staat nicht garantiren, nur ein **Recht aus der Arbeit.** Eine etwaige allgemeine Arbeitslosigkeit würde vielmehr als zeitweiliger Nothstand zu behandeln sein. Und wohlgemerkt, dieses Recht des Arbeiters darf eben nur aus der Arbeit entspringen. Denn darauf ist auch hier zu halten, daß den Rechten Pflichten entsprechen, die Rechte nur durch Pflichterfüllung erworben werden.

Die Gesellschaft muß sich dagegen schützen, daß sie diese Rechte nicht an Taugenichtse und Vagabunden verleiht. Wie es einst in den alten Innungen der Fall war, daß man sich wohl hütete, die mannigfachen Vortheile, welche die Innungen gewährte, Unwürdigen zu Theil werden zu lassen, so muß es auch in der Arbeiter-Welt geschehen. Steht dabei dem Staate die oberste Kontrolle zu, so ist es deßhalb noch nicht wünschenswerth, daß nun die Polizei sich in jede Einzelheit zu mischen hätte. Man kann im Allgemeinen das Vertrauen haben, daß die Menschen über werthvolle Rechte eifersüchtig wachen und deßhalb hier das Meiste der Selbstaufsicht und Selbstverwaltung überlassen. Ueberhaupt ist ja die permanente Intervention der Polizei nur in einem liberalen Staate nothwendig. Ein Staat, der auf festen sozialen Ordnungen beruht, wird diese weit mehr sich selber überlassen können, wie man ja auch nur die Volksversammlungen polizeilich beaufsichtigt, geschlossene Gesellschaften aber nicht behelligt. Wer behauptet,

die Staatssozialisten und Konservativen gingen auf die Stärkung des Polizeistaates aus, der sagt mit vollem Bewußtsein die Unwahrheit. Gerade das Gegentheil ist der Fall. Gerade sie treten für eine gesunde Selbstverwaltung ein, aber freilich auf Grund korporativer Gestaltungen, und nicht auf Grund einer schematisirenden Gesetzgebung und atomistischer Anhäufungen.

Es versteht sich von selbst, daß eine conservative Gesetzgebung sich auch noch in anderer Weise der Arbeiter anzunehmen hat. Je weniger die Polizei zu seiner Belästigung, je mehr sie sich zu seinem Schutze thätig ist, desto wohler wird er sich im Staate fühlen. Alle jene Forderungen, deren gute Gründe Niemand abstreiten kann, ein verständiger Normalarbeitstag, das Verbot der Sonntagsarbeit, die allmähliche Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit gehören unseres Erachtens in das Ressort einer solchen heilsamen Staatspolizei. Die Einwände gegen jene Forderungen laufen immer nur auf die eine Behauptung heraus, daß denn diese oder jene Industrie nicht mit dem Auslande conkurriren könne. Es ist sonderbar, daß dieselben Herren, welche die Schutzzölle so sehr perhorresciren, daß ihnen am Untergange der einheimischen Industrie durch ausländische Conkurrenz nichts liegt, auf der anderen Seite keinen Anstoß daran nehmen, irgend eine Industrie auf Kosten der Familie und der physischen und geistigen Gesundheit ganzer Generationen konkurrenzfähig zu machen. Uns scheint um diesen Preis jede Industrie zu theuer erkauft.

Die Handwerker.

So wichtig nun aber auch die Fürsorge für die Arbeiter ist, so würde sie allein doch nicht ausreichen, der Nation eine ruhige Entwickelung zu verbürgen. Diese Fürsorge schafft weder ein Gegengewicht gegen die zunehmende Anhäufung der Kapitalien, noch gegen die weitere Verarmung des Volkes. Man könnte den Arbeiterstand dem Erdreiche vergleichen, in welchem das Gebäude des Staates aufgeführt wird. Ist dasselbe loser Flugsand, so wird das Gebäude bald zusammenstürzen. Aber das gute Erdreich genügt nicht, die Hauptsache ist ein kräftiges Fundament. Als solches kann aber dem Staate nur der eigentliche Mittelstand dienen. Wir verstehen unter demselben nicht die sogenannten „Gebildeten", die Bourgeosie, denn diese meint vom ersten bis zum letzten hoch über dem „Volke" zu stehen, wenn sie sich auch noch so liberal geberdet. Als Mittelstand gelten uns vielmehr diejenigen, welche das Mittelglied zwischen den

gebildeten Ständen und den Arbeitern ausmachen: **Die Bauern und Handwerker.**

Die Arbeiterfrage beschäftigt schon seit Jahrzehnten die Gemüther, während man dem Niedergange des Bauern- und Handwerkerstandes lange Zeit mit größter Gemüthlichkeit zusah. Erst nach und nach wird dies anders; daß aber hier der eigentliche Kernpunkt der socialen Frage liegt, haben bisher die Wenigsten begriffen. Dazu kommt noch, daß man in einer Fürsorge für die Arbeiter gleichsam etwas erblickt, was gerade für unser Jahrhundert ein Ideal sei, während alle Maaßregeln zur Kräftigung des Bauern- und Handwerkerstandes für Neubelebungen veralteter Zustände ausgegeben werden.

Keine Redensart pflegt leider den Gebildeten mehr zu imponiren, als wenn man einen Vorschlag mit dem Einwurfe abfertigt, daß er auf eine solche Neubelebung ausgehe. Man glaubt eine Institution sei für immer abgethan, wenn man von ihr behauptet, sie sei „aus dem modernen Rechtsbewußtsein entschwunden." Gewiß wechselt das Rechtsbewußtsein, weit weniger indessen in Bezug auf die Grundgedanken, als in Bezug auf die formalen Unterlagen des Rechtes.

Der Bildungstrieb der Geschichte ist denn doch nicht so unendlich, daß er immer neue sociale Gestaltungen hervorbrächte, viel mehr lassen sich dieselben auf eine ziemlich beschränkte Anzahl von ursprünglicher Formen zurückführen. Wenn also Jemand für das Innungswesen eintritt, so widerlegt man ihn nicht damit, daß man darauf hinweist, wie die Zünfte bereits im Mittelalter bestanden haben und später abgeschafft sind, denn damit ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich nicht von Neuem in einer unsern Verhältnissen angemessenen Weise entwickeln können. Als sich die Handwerker zu den mittelalterlichen Zünften zusammengeschlossen, geschah es, um ihre Existenz gegenüber den grundbesitzenden Herren zu wahren: heute führt sie der Kampf gegen den Kapitalismus und die Großindustrie zusammen. Wie aber das mittelalterliche Zunftwesen trotz seiner Kraft die Existenz der andern Stände durchaus nicht geschmälert hat, so wird ein gesunder Kapitalismus und eine angemessene Großindustrie auch neben einem kräftigen Handwerkerstande ihren Platz behalten. Nur Eins muß man sich von vornherein klar machen, daß nämlich die Innung illusorisch ist, wenn sie nicht **obligatorisch** ist. So lange das Kapital mit seinen gewaltigen Mitteln ungehindert der Innung Concurrenz und einen Theil der Handwerker von sich abhängig machen kann, führt jene nur ein Scheinleben und ist mehr ein Ornament, als ein Institut des socialen Lebens. Daß die obligatorische Innung Widersacher hat, ist deshalb begreiflich, aber unerfindlich, wie man behaupten kann, sie sei unvereinbar mit einer vernünftigen gewerblichen

Freiheit. Leider sind freilich unsere Handwerker theilweise noch so verworren, daß sie die obligatorische mit der geschlossenen Innung verwechseln, wie dieselben am Ende des vorigen Jahrhunderts als traurige Ueberbleibsel einer besseren Zeit bestanden. Das Wesen der obligatorischen Innung aber besteht nur darin, daß jeder Gewerbsgenosse in dieselbe eintreten muß, und daß er dies nur **darf**, wenn er seine Fähigkeit zur Ausübung des Handwerks und seine moralische Würdigkeit nachgewiesen hat.

In einem gesunden Staatswesen entsprechen eben überall den Rechten Pflichten; wie denn überhaupt das ganze Innungswesen nicht nur deutschen Korporationsgeist, sondern auch deutschem Pflichtgefühl seinen Ursprung verdankt. Man schilt oft die Deutschen ein Beamtenvolk. Der pflichtgetreue Beamte, wie ihn der preußische Staat zuerst wieder erzogen hat, war allerdings gleichsam die erste moderne Verkörperung dieses alten deutschen Pflichtgefühles. Man hat Friedrich den Großen mit Recht wegen seines Wortes, ein Fürst sei der erste Diener des Staates bewundert. Schon lange vor ihm hatte Einer seiner Ahnen, Kurfürst Friedrich I., gesagt, er sei nur ein „schlichter Amtmann Gottes". Und so wie dieser sein Fürstenthum, so faßte Jedermann, auch der Handwerksmeister seinen Beruf als Amt (Officium, Pflicht) auf, das er zum Besten seiner Vaterstadt und zum Ruhme der Zunft, der er angehörte, zu verwalten habe.

Es würde zu weit führen, wollten wir uns hier auf die Einzelheiten des mittelalterlichen Innungswesens in seiner Blüthezeit einlassen. Schwerlich hat die Geschichte jemals eine so **glückliche Harmonie zwischen individueller Freiheit und straffer Organisation** gekannt. Nach unserer heutigen Terminologie war die Innung ohne Frage eine durchaus socialistische Institution, ja man kann sie geradezu als eine große **Productiv-Association** bezeichnen. Freilich nicht im Sinne der Socialdemokraten, daß jede individuelle Besonderheit darin untergegangen wäre. Jedermann war vielmehr nach seinen Fähigkeiten und Geschicklichkeiten gestellt und nur einer Uebervortheilung vorgebeugt, wie sie sich mit der Amtsehre der Zunftgenossen und der Kollegialität nicht vertrug. So genossen denn z. B. die Zunftgenossen Vortheile, die ohne Verdienst des Einzelnen eintraten, gemeinsam: ein günstiger Gelegenheitskauf mußte der Zunft angezeigt werden, ein besonders günstiger Laden ward reihum an die Genossen vergeben u. s. w. Natürlich kann es sich nicht um eine Wiederbelebung aller einzelnen Vorschriften handeln, sondern nur um eine Verwerthung der Grundgedanken im steten Hinblick auf die veränderten Bedürfnisse. So wird z. B. die Innung Magazine halten, für den mit Maschinen zu betreibenden Theil der Arbeit sorgen.

Kein Stand fühlt so sehr den Druck der Verhältnisse, wie die Handwerker; sollten sie wirklich nicht die Energie finden, eine Besserung herbeizuführen? Hierzu gehört nur ein gemeinsames Wollen, bedarf es nur, daß man sich wieder zu einer moralischen Betrachtung des Lebens und einer wahrhaft humanen Anschauung vom Werthe der Arbeit aufschwingt. So lange man freilich auch hier das Leben als ein Lotteriespiel ansieht und die Menge der Nietenzieher sich immer wieder mit den imaginairen Hoffnungen auf das große Loos tröstet, wird man sich auch immer wieder von den liberalen Versprechungen ködern lassen. Möchten doch alle wirthschaftlich Schwachen begreifen, daß ihnen die Furcht vor Staatshülfe nur im Interesse der Starken beigebracht wird, und daß wenn man die, welche nach einer solchen verlangen, „feiges Volk" schilt, dies ungefähr ebenso ist, als wenn ein Räuber den Reisenden verspottet, der in die von ihm heimgesuchten Gegenden eine Eskorte mitnimmt. Was heißt überhaupt Staatshülfe? Sorgt der Staat nicht für die Erziehung der Jugend, zieht er sich nicht ein tüchtiges Heer heran? Weshalb sollte er sich nicht auch einen tüchtigen Handwerkerstand heranziehen? Glaubt man denn etwa, daß die Zünfte des Mittelalters so über Nacht wie die Pilze aus der Erde geschossen sind? Gewiß nicht. Theilweise mußten sich die Handwerker mit saurer Mühe ihre Stellung erkämpfen, theilweise führten die städtischen Obrigkeiten die Zünfte ins Leben, durchaus nicht halb im Schlafe, aus dem märchenhaften „Rechtsbewußtsein" heraus, sondern bei voller Ueberlegung jedes einzelnen Paragraphen, bei sorgsamster Beachtung aller praktischen Ziele. Auch sind die Pflichten, welche die obligatorische Zunft dem Handwerker auferlegt, weit größer, als sie das freie Gewerksleben mit sich bringt, und nur gehobenes Standesbewußtsein und moralischer Muth wird sie veranlassen können, dieselben zu übernehmen. Wenn sie also ohne jede Rücksicht für obligatorische Innungen eintreten, beweisen sie gerade dadurch, daß sie **nicht** feige sind. Die Staatshülfe, welche sie in Anspruch nehmen, ist zudem in erster Linie rein legislativ. Allerdings wird der Staat auch eine Entwicklung positiv unterstützen müssen, die er für segensreich erkennt. Dahin gehört vor Allem, daß das **Submissionswesen** abgeschafft wird und der Staat seine Aufträge durch direkte Verhandlungen mit den betreffenden Innungen realisirt. Es ist ein lächerlicher Widerspruch, wenn man das ehrenwerthe Handwerk zu schützen vorgiebt, und den Kapitalismus einlädt, diesem unter der Devise „Schlecht und billig" den Verdienst zu rauben. Noch unerträglicher ist freilich der Gedanke, daß der **Zuchthäusler** diesem ehrenwerthen Handwerker Konkurrenz macht. Die Verpachtung von Zuchthausarbeit an Kapitalisten muß prinzipiell be-

seitigt werden. Darum brauchen die physischen Kräfte der Gefangenen nicht brach zu liegen: es werden sich schon Mittel und Wege finden lassen, diese auf andere Weise zum Vortheile des Staates zu verwenden.

Ein anderer Einwand, den man häufig gegen die obligatorischen Zünfte erhebt, ist der, daß in denselben die **Gesellen** keine rechte Stelle finden würden. Die große Schaar derjenigen, welche außer Stande seien, sich als Meister niederzulassen, wäre daher die geborene Feindin der Zünfte. Ein Blick auf die mittelalterlichen Zünfte belehrt uns, wie gerade die Gesellen sich bei derselben am allerbesten befanden. Sie waren durchaus nicht absolut in die Hand der Meister gegeben, sondern standen denselben in selbständigen Einigungen gegenüber, wie es denn auch damals nicht an über ganze Provinzen Deutschlands sich erstreckende Strikes gefehlt hat. Sollte es so schwer sein, auch heute mit Berücksichtigung der veränderten Lebens- und Wohnweise die Gesellen wieder den Zünften einzuordnen?

Eins muß man sich freilich auch hier klar machen: eine starke Zunftverfassung ist der direkte Gegensatz des liberalen Polizeistaates. Die Zünfte wirken mit noch ganz anderm Schwergewicht, als etwaige Arbeitervereinigungen, denn ihnen steht ein oft reicher Besitz zur Seite. Wer für die Zünfte eintritt, der darf keine Scheu vor Selbstverwaltung und Selbstregierung haben, die sich freilich hier nur auf Dinge erstrecken, von denen Jeder etwas versteht.

Sollen wir schließlich in ein kurzes Wort zusammenfassen, was der Arbeiter und Handwerkerstand braucht, so werden wir sagen, daß er anstatt der von den Liberalen gepriesenen **Koalitionsfreiheit** vielmehr eine **Organisationsfreiheit** bedarf. Die Koalition ist eine mechanische Anhäufung, während die Organisation die Theile zu einem innigen Ganzen verbindet, so daß sie nicht nur in materieller sondern auch ideeller Gemeinschaft stehen. Daher erklärt sich denn auch der große Einfluß, den alle kräftige Organisationen auf die ideale Seite des Volkslebens ausgeübt haben.

Denken wir uns einmal einen kräftigen, wohlhabenden, stolzen Handwerkerstand. Welches Gegengewicht gäbe derselbe ab sowohl gegen ein Ueberwuchern des Fabrikwesens, das nun doch einmal immer von geistigen, physischen und moralischen Gefahren begleitet ist, wie gegen die soziale Zersetzung und die daraus drohenden revolutionären Krankheiten! Welches andere Aussehen würden unsere Städte gewinnen, wenn ein solcher Handwerkerstand wieder in ihnen wohnte. Erst dann wäre auf eine natürliche Blüthe des Kunstgewerbes zu rechnen, die man jetzt durch äußerliche Mittel herbeizuführen sucht, wobei man aber nur künstliche Blumen erzielt, die nicht aus dem Stamme hervorwachsen, sondern nur äußerlich dran gebunden werden können. Unser modernes Kunstgewerbe hat den Luxus der Wenigen im Auge,

und kommt daher weder dem ganzen Volke, noch der breiten Masse des Handwerkerstandes selber zu Gute! Was hilft alles Pfropfen, wenn der Stamm nichts taugt. Nicht vom Dache aus baut man die Häuser, nicht Museen, Kunst= und Gewerbeschulen haben den selbstthätigen Kunstsinn eines Volkes, sondern wenn jeder Handwerker wieder von edlem Berufsstolze erfüllt ist und heitere Schaffensfreudigkeit auch in die moderne Werkstatt einzieht.

Der Grundbesitz.

Ebenso wie der Handwerkerstand leidet auch die Landwirthschaft. Verschuldung und Zersplitterung des Besitzes sind die beiden Feinde, welche ihr mit Ruin drohen. Bekanntlich wird zwischen Liberalen und Konservativen ein ununterbrochener Streit geführt, ob es wirklich bereits so schlimm mit dem Grundbesitze stehe, wie von konservativer Seite behauptet wird. Nun kann man vielleicht zugeben, daß hie und da etwas übertrieben wird. Wenigstens ist zu hoffen, daß die Zustände noch nicht den äußersten Grad des Uebels erreicht haben; denn wie sollte alsdann überhaupt noch eine Besserung möglich sein? Viel wichtiger, als die Frage, wie weit wir sind, ist die, **auf welchem Wege** wir uns befinden, denn sind wir auch selbst noch nicht so weit, wie behauptet wird, so müssen wir, wenn es der betreffende Weg ist, doch schließlich dahin gelangen. Nun hat aber noch Niemand bestritten, daß der Grundbesitz dem mobilen Kapital gegenüber immer mehr entwerthet wird und unverhältnißmäßig belastet ist; damit ist die wachsende Verschuldung ganz von selbst gegeben, für den Bauernstand aber die Depossedirung und Einschlachtung seiner Güter. Sind wir also wirklich noch nicht so weit, wie die Konservativen behaupten, so ist gerade um so nachdrücklicher zu verhüten, daß wir jemals so weit kommen. Die Unentbehrlichkeit eines starken Bauernstandes ist zum Glück so einleuchtend, die Lehre der Geschichte sind in dieser Beziehung so schlagend, daß wenigstens Einzelnes bereits geschehen ist, um den gefährlichen Prozeß aufzuhalten.

Auch kommt es zu statten, daß die Interessen des größeren und großen Grundbesitzers dieselben sind, wie die des kleinen. **Wenigstens bis jetzt,** denn noch ist ein großer Theil unseres Grundbesitzes in den Händen seiner alten Eigenthümer, des Adels. Auch diese leiden unter der Verschuldung, der Entwerthung und der Belastung des Bodens. Ein Gegensatz zwischen ihnen und den kleineren Grundbesitzern könnte nur dann eintreten, wenn sich ihre Vermögensverhältnisse so unerwartet heben sollten, daß sie an eine weitgreifende Arrondirungspolitik gehen könnten. Hieran ist nun bei dem

heutigen Stande der Weltwirthschaft, die dem mobilen Kapitale stets einen gewaltigen Vorsprung geben muß, kaum zu denken, selbst wenn die Gesetzgebung alle Klagen der Grundbesitzer beseitigte. Ganz etwas anderes aber wäre es, wenn an Stelle dieses Adels die großen Kapitalisten träten, wenn der Grundbesitzer nicht mehr auf seinem Schlosse wohnte, sondern an die Börse ginge. Man vergesse nicht, daß im alten Rom die Latifundien-Wirthschaft keineswegs durch den Patriciat, sondern durch die Nobiles herbeigeführt ist, die ihre Güter verwalten ließen, selber aber Geldgeschäfte machten oder die Provinzen ausplünderten (der Ersatz für das, was man heute „gründen“ nennt). Es ist deshalb auch leicht begreiflich, weßhalb es grade Abkömmlinge alter patrizischer Geschlechter waren, die der Latifundien-Wirthschaft entgegentraten. Die römischen Agrarier waren indessen zu einer revolutionären Politik verdammt, da sie sich schließlich auf den hauptstädtischen Pöbel stützen mußten. Bei uns liegen die Verhältnisse gottlob anders. Wohl aber kann es nach dem Gesagten nicht auffällig sein, wenn Adel und Bauernstand sich mit einander verbinden, um eine Reform der agrarischen Zustände herbeizuführen, und es macht sich höchst lächerlich, wenn man die Bestrebungen, Bauernvereine zu gründen, damit zu diskreditiren sucht, daß „Grafen und Barone“ sich an die Spitze derselben stellen. Auch im Hinweis auf die Vergangenheit wird dies nicht ziehen, denn die Unterdrückung des Bauernstandes ist keineswegs von dem kleinen Adel, von dem, was heute Graf und Baron heißt ausgegangen, sondern von den Territorialfürsten nach Niederwerfung des Bauernkrieges. Mit jenem Adel hätten die Bauern schon damals gern gemeinsame Sache gemacht, und ihm gehörten denn auch fast alle Führer des Aufstandes an. Ueberhaupt ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß, wenn sich damals Kaiserthum, Reichsadel und Bauernstand mit einander verbunden hätte, Deutschland weit besser gefahren wäre.

Grundadel und Bauernstand gehören aber nicht nur in ihren Interessen zusammen, sie repräsentiren auch für den Staat ein gleiches Interesse, denn auf beiden beruht die Wehrkraft unserer Nation. Nur ein kräftiger Bauernstand kann den Kern eines tüchtigen Heeres abgeben, nur wenn unserem Offizierstande die Basis erhalten bleibt, die ihm die deutsche und preußische Geschichte gegeben hat, wird er der Alte bleiben. Gerade in einer gewissen scheinbaren Absonderung steht er dem Volke näher, als man glaubt; denn es ist weit gefahrloser, wenn ein Offizierstand von dem Prinzip der Standesehre beseelt wird, als wenn ihn allein der militärische Ehrgeiz anfeuert. Die Standesehre wird ihm auch in den verwickeltsten politischen Lagen Charakterfestigkeit und Treue verleihen, während der bloße militärische Ehrgeiz das soldatische Abenteurerthum herbeiführt, welches zwar aus dem Volke hervorgeht, aber

sich als außer dem Staate stehend ansicht und diesen zu beherrschen trachtet. Von einem Vorrechte des Adels, wie es Friedrich der Große statuirt hatte, ist hier selbstverständlich nicht die Rede. Es soll nur darauf hingewiesen werden, welches Interesse der Staat daran hat, das Grund und Boden nicht schließlich unsern alten historischen Geschlechtern unter den Füßen fortgezogen wird. Auch können diese ja nur den Grundstock des Offizierstandes abgeben; daß aber auf diese Weise sich ein neues militärisches Junkerthum entwickeln sollte, ist bei dem gewaltigen Bedarfe und den gesteigerten Anforderungen, welche die Kriegswissenschaft unserer Tage stellt, kaum zu befürchten.

Wir haben es nicht nöthig, uns ausführlich über das auszulassen, was dem Grundbesitze Noth thut. Die Forderungen desselben sind oft genug formulirt und erörtert worden. Man faßt sie wohl unter dem einen Worte: Beseitigung vom römischen Rechte zusammen. Das römische Recht, wie es auf uns gekommen, war das Recht einer Stadtgemeinde, welcher der unbewegliche Grundbesitz nicht höher stand, als der bewegliche. Es würde erst dann vollkommen auf unsere Verhältnisse passen, wenn der Prozeß, in dem wir uns befinden, vollständig zum Abschluß gekommen, die Land- und Bauergüter verfallen und vom städtischen Kapital ausgekauft wären. Diesen Prozeß zu fördern, heißt die Geschichte rückwärts drehen, denn gerade auf dem **Gegensatze von Stadt und Land** beruht die Mannigfaltigkeit der modernen Civilisation, beruhen die modernen politischen Institutionen gegenüber den antiken, speziell den römischen. Dieser Gegensatz braucht noch keine **Feindschaft** zu sein, wie diejenigen sich einzubilden scheinen, welche diesen Gegensatz entweder für ein „Unglück" oder für bereits „glücklich überwunden" ausgeben. Ein vernünftiger Politiker wird im Gegentheil diesen Gegensatz zu konserviren suchen. Dies geht aber nur durch die Mannigfaltigkeit der Rechtsformen. Die erste Konsequenz, welche man mittels des römischen Rechtes zog, war die, daß man die Bauern für Leibeigene erklärte. Von dieser Konsequenz haben wir uns glücklich emanzipirt. Nicht minder gefährlich ist die **Leibeigenschaft des Grundbesitzes dem Kapital gegenüber.** Je sicherer der Grundbesitz fundirt ist, desto fester steht auch der Staat. Es würde deshalb sehr thöricht sein, wenn man etwa dem Bauernstande durch bloße Schaffung neuer Besitzthümer aufhelfen wollte, wie etwa durch Kolonisation oder Parcellirung von Domänen. Alle diese neuen Besitzthümer würden ja sofort von dem einmal im Gange befindlichen Prozesse ergriffen werden: Aus diesem Grunde ist die Erbpacht der Parcellirung vorzuziehen und diejenigen, welche die Parcellirung der Domänen befürworten, stehen auf derselben Stufe, welche ihrer

Zeit allen Staatsbetrieb privatisiren, d. h. gründen und verkrachen wollten. Die Verhältnisse drängen übrigens so gebieterisch, daß eine Lösung unausbleiblich ist. Gerade auf diesem Gebiete wird sich die Judenfrage immer mehr in heilsamer Weise geltend machen. Wir können wenigstens nicht annehmen, die deutsche Nation sollte es sich gefallen lassen, daß nach und nach der Grund und Boden des theuern Vaterlandes in die Hände orientalischer Feudalherren geriethe.

Wie Grund und Boden, so bedarf auch der Ackerbau Schutz. Eine Nation, die von ihren eigenen Aeckern leben **kann**, muß mit allen Mitteln darauf halten, daß sie es thut. Die Phrase von der Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel ist eine solche, die allenfalls für den römischen Stadtpöbel gepaßt hätte, der panem et circenses (heutzutage könnte man sagen: billige Nahrungsmittel und Parlamentarismus) verlangte, nicht aber für eine Nation, deren Mehrzahl noch immer aus Ackerbauern besteht. Wir halten das Freihandelsprinzip in der Landwirthschaft noch weit gefährlicher, als in der Industrie; ein Staat ohne Industrie ist vielleicht arm, kann aber glücklich sein, ein Staat ohne Ackerbau verfällt der Barbarei. Lächerlich ist es, wenn man Weide- oder Gartenwirthschaft als Heilmittel empfiehlt. Weidewirthschaft führt unfehlbar zur Latifundienwirthschaft. Sie verödet das Land, wie in Schottland, wo die alten tapfern Hochländer den Schafen haben Platz machen müssen. Gartenwirthschaft aber ist außer Stande, die breite Basis für den Erwerb einer großen Bevölkerungsschicht zu dienen und kann höchstens als Nebenverdienst betrieben werden. Sorgen wir dafür, daß unserem Vaterlande die wogenden Kornfelder erhalten bleiben! Wir wünschen die Industrie zu kräftigen, aber wir wünschen nicht, daß sie Alles verschlinge. Welches Heil wäre es für Deutschland, wenn es ein reiner Industriestaat würde? Deßhalb erkennen wir im neuen Zolltarif einen so glücklichen politischen Akt, weil sich hier Industrie und Ackerbau mit einander versöhnt haben, die Interessen Keines bevorzugt sind. Dies muß der unantastbare Grund unserer Wirthschaftspolitik bleiben. Ackerbau, wie Industrie wissen, daß sie nur so lange, wie sie zusammenhalten und nicht nach Alleinherrschaft trachten, Aussicht haben, die gewonnene Position zu bewahren.

Der Kapitalismus. Die Steuerreform.

Proletarisirung des Volkes und Ueberwuchern des Kapitalismus erkannten wir als drohende soziale Gefahr. So klar der erste Begriff ist, so viel-

umstritten ist der zweite, indem man nämlich den Streit gegen den Kapitalismus zu einer Bekämpfung des Kapitals überhaupt macht und, indem man die Segnungen der Kapitalsbildung hervorhebt, alle sozialen Reformversuche widerlegt zu haben glaubt. Aber von dem produktiven Kapitale, von demjenigen, welches aus sich heraus immer neue Arbeit und damit neue Werthe erzeugt, ist hier keine Rede, sondern von jenem Kapitale, das sich nur mit sich selber beschäftigt und gewissermaßen durch Selbstbefruchtung und Selbstzeugung vermehrt, nachdem es die Kräfte dazu von fremder Arbeit gesammelt hat.

Es geht leider in Deutschland mit dem Kapital an Geld, wie mit dem Kapital an Menschen. Ununterbrochen entlassen wir Ströme von Auswanderern, damit ihre Kräfte fremden Landen und Staaten zu Gute kommen. Die Ersparnisse der Nation aber werden in Börsenspekulationen verpufft, anstatt uns selber zu Gute zu kommen. So müssen wir es denn erleben, daß, während die Deutschen ihr Geld in den thörichtsten Papieren anlegen, die Engländer nach Deutschland kommen, um hier gewinnbringende gemeinnützige Unternehmungen ins Leben zu rufen, daß unsere Staatspapiere ins Ausland verhandelt werden und daß wir mit unserm Gelde fremde höchst fragwürdige staatliche Existenzen unterstützen. Man sagt, dies hänge mit der Armuth Deutschlands zusammen: der Deutsche müsse auf höhere Zinsen halten, als der reiche Engländer. Aber wer arm ist und mühsam spart, dem müßte doch vor allen Dingen daran liegen, sein Kapital zusammen zu halten. Wenn also die produktiven Stände sich dauernd organisiren wollen, so müssen die zersetzenden Einflüsse dieses **absoluten Kapitalismus** mit aller Macht bekämpfen, der Vergeudung von Kapitalien entgegentreten, die Fähigkeit zu sparen aber gerade umgekehrt stärken.

Dies ist etwas ganz anderes, als die Feindschaft gegen das Kapital überhaupt. Niemanden wird verwehrt, reich zu werden, es muß dies aber ohne positive Benachtheiligung der nationalen Produktion und seiner Mitbürger geschehen. Wer unbefangen die Dinge betrachtet, der muß sich sagen, daß die moderne Geld- und Börsen-Wirthschaft so nicht in alle Ewigkeit fortbestehen kann. Die Gewalt, welche die Börse an sich gerissen hat, wird eines Tages gebrochen werden. Was ist denn die Börse, wie sie jetzt beschaffen ist? Man hat das Vermögen aller civilisirten Völker gleichsam in Abstraktionen verwandelt und mit diesen Abstraktionen, Actien, Inhaberpapieren wird Hasard gespielt. Je nach dem Verlaufe dieses Spieles ändert sich aber die Vermögensvertheilung innerhalb der Völker von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde. Ein glücklicher Speculant

bringt es zu Wege, daß Hunderte ihr Vermögen verlieren und Andere ohne ihr geringstes Zuthun gewinnen. Woher soll die Lust an die Arbeit kommen, wenn man sieht, daß diese mit dem mühelosen Gewinne es doch niemals aufnehmen kann? Damit soll nicht eine Unterdrückung des gesammten Börsenwesens das Wort geredet werden, wohl aber ist mit aller Kraft eine Beschränkung des Börsenspiels als gewerbsmäßigen Hasardspieles anzustreben, durch möglichst hohe Steuern auf Spekulationskäufe, vor Allem durch Besteuerung fremder Papiere, endlich dadurch, daß die den nationalen Geldmarkt regulirenden Institute der Spekulation entzogen werden. Für Deutschland ist deßhalb vor Allem eine erneuerte Verstaatlichung der Reichsbank ins Auge zu fassen. Es mag indessen betont werden, daß alle solche Maßregeln nur in zweiter Linie in Betracht kommen. Wer sich einbildet, mit einer hohen Börsensteuer allein etwas auszurichten, oder meint, die Creditverhältnisse würden sich sofort ändern, wenn nur erst die Reichsbank wiederum dem Reiche gehörte, der täuscht sich. Alle diese Verhältnisse sind weit mehr Consequenzen, als Ursachen unserer wirthschaftlichen Zustände. Man bedenke nur, wie sehr das Terrain der Börse sofort eingeschränkt würde, wenn alle Gewerbe sich in feste Verbände zusammenthäten und ihr eigenes Creditwesen in die Hand nähmen!

Zu den prophylaktischen Maßregeln dieser Art gehört auch ein vernünftiges Steuersystem. Steuern sollen einerseits so wenig wie möglich drücken, andererseits so wenig wie möglich das Sparen verhindern. Beides thun die direkten Steuern in den niederen Steuerklassen auf's Schärfste. Der Kampf, den Fürst Bismarck wegen des Steuersystems führen muß, ist geradezu beschämend für unser Volk, denn seine Reformen wollen im Grunde nur Dinge bewirken, die bei allen anderen Nationen längst Brauch sind. Es ist denn doch wohl ein Hohn auf die gesunde Vernunft, daß das ärmste Land die meisten direkten Steuern aufbringen muß, daß der Deutsche dem Staate mehr baares Geld geben muß, als der Engländer. Die Pfennige, welche die indirekten Steuern dem Armen nehmen, hätte er doch nie gespart. Werden sie in der Gestalt von Schutzzöllen erhoben, so verschaffen sie ihm Arbeit und steigern die inländische Produktion. Die direkten Steuern aber zwingen ihn gleichsam zum Sparen, im Momente aber, wenn er die betreffende Summe erübrigt hat, wird sie ihm vom Staate abgenommen. Fürst Bismarck hat das einzig Richtige erkannt, als er erklärte, alle Einnahmen bis zu 6000 Mark aus nicht fundirtem Einkommen müßten von der Einkommensteuer befreit werden, denn wo diese Summe den reinen Arbeitsverdienst repräsentirt, wird sie auch meist, je nach dem Stande, ganz für das Leben verbraucht werden. Nicht eine höhere Belastung des fundirten Kapitals,

sondern nur eine Befreiung der unfundirten Einnahmen muß das erste Ziel einer gesunden Steuerreform sein. Wir sind sogar der Ansicht, daß auch das ersparte Kapital bis zu einer gewissen Grenze steuerfrei bleiben müßte, welche etwa ebenso hoch zu bemessen wäre, wie bei der jährlichen unfundirten Einnahme. Bei einer solchen Einrichtung dürfte es einigermaßen schwer werden, zu behaupten, das indirekte Steuersystem drücke die Armen mehr als die Reichen und verhindere die Kapitalbildung. Was aber gar das berüchtigte Argument betrifft, durch die direkten Steuern werde der Bürger zum Bewußtsein staatlicher Pflichten erzogen, so erwidern wir darauf, daß er zur Liebe zum Vaterlande erzogen werden soll, und daß er in dieser Liebe seine Pflichten ganz von selbst erfüllen wird. Er wird aber das Vaterland niemals lieben lernen, wenn sich ihm dasselbe nach Kräften unangenehm macht und wenn dasselbe vielen Tausenden nur in der Gestalt des Exekutors entgegentritt. Wenn der Reichskanzler wider diesen zu Felde zog, so war das wahrlich keine Wahltaktik, sondern das unmittelbare Empfinden eines Patrioten, von dem freilich Börsenjuden und egoistische Fraktionshäuptlinge keine Ahnung haben.

Gewiß sind große und indirekte Erträgnisse nöthig, um eine solche Reform durchzuführen. Der Reichskanzler hatte zu diesem Zwecke das Tabaksmonopol in Aussicht genommen. Der Gedanke, von dem er ausging, war jedenfalls der, daß eine solche Steuer nur eine **Luxussteuer** sein dürfe. Dies aber war eine hohe Besteuerung des Tabaks im eminentesten Maaße, denn der Tabak ist **nur** Luxus, nur Genußmittel, was man weder von Wein, Bier noch Branntwein sagen kann. So dient denn auch die gesammte Tabakfabrikation nur dem Luxus, zum großen Unterschiede von der Spiritusfabrikation, die auch für gewerbliche Zwecke arbeitet. Dazu kommt, daß die Spiritusfabrikation eine der wenigen gewinnbringenden Einnahmen der Landwirthschaft ist, die weitere Einbußen kaum ertragen könnte. Somit gehen wir nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß alle Einwendungen gegen das Tabaksmonopol hohle und leere Sophismen sind. Nur der einzige Einwurf wäre zu berücksichtigen, daß das Monopol nicht die erwarteten Summen abwerfe. Allein man behauptet dies nur für die nächsten Jahre. Kann man aber bei einer solchen Maßregel Rücksicht auf die nächsten Jahre nehmen? Wenn die Einnahmen binnen 20 Jahren die erforderliche Höhe erreichen, so hat das Monopol vollauf seine Pflicht erfüllt. Daß aber eine etwaige Vertheuerung der Waaren eine Verminderung des Verbrauches herbeiführen sollte, ist nicht vorauszusetzen. Die Erfahrungen an Schank- und Spirituosensteuern beweisen zudem das Irrige solcher Befürchtungen. Deßhalb wird man, beiläufig gesagt, auch von einer hohen Schanksteuer kaum eine Einschränkung des Wirthshauslebens er-

warten dürfen, wenn auch diese selbstverständlich als **Luxussteuer** einer die Production belastenden Spiritussteuer vorzuziehen ist.

Nehmen wir nun übrigens einmal an, jener Einwand wäre richtig, mit einer Erhöhung der Steuer auf Tabak und Getränke würde der Gebrauch eingeschränkt. Wäre es wirklich ein Nationalunglück? Wir sind im Gegentheil der Ansicht, daß damit ein großer moralischer Vortheil verbunden wäre, der das Mißlingen jener steuerpolitischen Maaßregeln zehn Mal wett machen würde. Denn wohin soll es führen, wenn die Nation von Jahr zu Jahr immer größere Summen für reine Luxusgegenstände aufwendet? Die sentimental von der Pfeife des armen Mannes schwatzen, sind sammt und sonders bewußte Heuchler. Das Anwachsen der Armuth, die physische Degeneration der modernen Völker hat offenbar ihren Grund mit im wachsenden Verbrauche von Luxusgegenständen, vornehmlich Tabak, Kaffee, Branntwein. Der arme Mann des Mittelalters hatte für keins dieser Dinge Geld auszugeben. Statt Kaffee, Branntwein, Tabak genoß er Bier und Suppe, in denen Nährwerthe erhalten sind und die, weil sie keine Stimulantien sind, ihn zwangen, mit seiner eigenen Energie zu rathe zu halten. In einer Abnahme des Tabakskonsums können wir also nur einen Vortheil für den Staat erblicken, der den Versuch mit dem Monopol erst recht lohnen würde. Indessen wir hoffen wenig davon, sind vielmehr der Ansicht, daß, wie es auch der vom Fürsten Bismarck vorgelegte Gesetzentwurf wollte, der Staat ebenso billig liefern wird, wie die Fabrikanten. Und warum sollte er dies auch nicht? Macht doch das Monopol eine ganze Reihe vertheuernden Zwischenhandels überflüssig.

Was im Uebrigen den Untergang einer „blühenden Industrie" betrifft, so sind die deutschen Tabaksbauer mit dem Monopol einverstanden, die Fabrikanten aber würden schwerlich dabei an den Bettelstab kommen, ebenso wenig wie dies mit Jemandem anläßlich der Verstaatlichung der Eisenbahnen geschehen ist. Was die Arbeiter anbelangt, so dürften sie in den Staatsfabriken ihre Beschäftigung finden. Im Uebrigen aber halten wir es für kein Unglück, wenn die Tabaksindustrie eine Anzahl Menschen weniger beschäftigte, weil wir überhaupt das Uebermaaß des Fabrikwesens bekämpfen. Bei einer Gesundung der sozialen Zustände würde sich für diese Arbeiter sicherlich eine andere, bessere Beschäftigung finden lassen. Gewiß ist: entweder weise man etwas Besseres nach, als das Tabakmonopol, oder man halte an einen Gedanken fest, der den einzigen Ausweg aus unseren Steuerwirren bietet. Auch hier strebt der Reichskanzler nur danach, Deutschland den Schritt thun zu lassen, den andere Nationen längst gethan haben.

Wenn man hört: „Ja, jene thaten es früher", so hätte man mit demselben Argumente auch die Einigung Deutschlands hintertreiben können, denn andere Nationen einten sich auch zu einer Zeit, als sich die Sache mehr kurzweg und ohne Befragung parlamentarischer Körperschaften abmachen ließ. Nirgends ist auch noch heute der Tabak so gering besteuert, als bei uns. Wenn man vor der Sozialpolitik des Reichskanzlers Anfangs zurückschreckt, so begreift sich dies, weil sie neu und kühn ist. Sein Unternehmen, die Herrschaft des abstracten Freihandelsprincipes zu brechen und eine Steuerreform zu Gunsten der indirecten Steuern durchzuführen, ist dagegen einfach praktisch und schließt sich an die Vorbilder anderer Kulturstaaten an. Auch würde dasselbe wohl in keinem anderen Lande der Welt so gegen leere Deklamationen und Scheinbegriffe anzukämpfen haben, als in Deutschland, wo man sich die Köpfe von altersher mit einer gewissen Wollust verwirren läßt.

Schließlich möchten wir zu Gunsten der indirecten Steuern nachfolgenden allgemeinen Satz aufstellen. Durch indirecte Steuern wird nur das besteuert, was wir verzehren, also ausgeben können und müssen. Daß dies für den Aermsten, wenn er **keine** directe Steuern bezahlt, zuviel sei, wird Niemand behaupten können. Wer aber über das Stadium der niedrigsten Stufen hinaus ist und so viel Einnahmen hat, daß er in seinen Ausgaben willkürliche Beschränkungen eintreten lassen kann, den setzen indirecte Steuern, zumal wenn sie Steuern auf Genußmittel sind, in den Stand, sich selber die Grenze desjenigen, was er an den Staat abgeben will, zu bestimmen. Alles was er dagegen an baarem Gelde erspart, ist steuerfrei. Daß es hier auch den kleinen Leuten ungemein erleichtert wird, sich nach und nach emporzuarbeiten, liegt auf der Hand.

Das Bündniß der produktiven Kräfte. Das gebildete Bürgerthum.

Um den deutschen Staat in dieser Weise zu konsolidiren, bedarf es leider einer um so größeren Anstrengung als die parlamentarische Maschinerie ein schwerfälliges Ding ist, das jeden Augenblick versagt. Wir sind zwar überzeugt, daß mit der Zeit sich auch eine Reform des Parlamentarismus anbahnen wird. Die wahre Vertretung eines Volkes soll nicht über den Einzelinteressen stehen, sondern in ihr sollen sich die Einzelinteressen ausgleichen, diese müssen also auch in sachverständiger Weise zu Worte kommen. Eine Reform des Parlamentarismus ist jedoch erst möglich, wenn mit der nivellirenden und atomisirenden Richtung unserer Volkswirthschaft gründlich ge=

brochen ist. Fürs Erste muß man danach streben, auf dem gegebenen Boden Erfolge zu erringen. Ist sich nur jeder seiner Interessen bewußt, so kann dies nicht schwer fallen, denn ohne Frage hat die ungeheure Majorität der Bevölkerung das allerstärkste Interesse an den vorbezeichneten Reformen. Es liegt also durchaus in ihrer Hand diese im Reichstage zur Geltung zu bringen, sie muß nur über diese ihre Interessen aufgeklärt werden. Dieses kann nur bei unsern Verhältnissen nur durch die Thätigkeit einer organisirten Partei geschehen. Daß von der liberalen Nichts zu hoffen ist, hat sich allmählich unzweideutig herausgestellt, so muß dann die konservative Partei eintreten. Von Anfang hat sie in dieser Beziehung auch den richtigen Instinkt bewiesen. Sie nahm sich der Handwerker bereits in den vierziger Jahren an. Sie hat die Mobilisirung des Grundbesitzes nach Kräften bekämpft. Weit wichtiger aber als diese vor 1866 fallenden Velleitäten ist die aus dem Schoße der konservativen Partei hervorgegangene Neubildung der Steuer- und Wirthschaftsreformer. Hier wurde zuerst klar erkannt, daß es heutzutage nicht die Aufgabe einer konservativen Politik (im allgemeinen philosophischen Sinne) sein könne, zu erhalten und zu restauriren, sondern zu reformiren, auf die Anfänge zurückzugehen, und aus diesem gesunden Ursprunge heraus das Neue zu entwickeln, wie es auch die religiösen Reformatoren gethan haben. Daß hier der größere Grundbesitz die Initiative ergriff, lag in der Natur der Dinge. Der Grundbesitz, als die eigentlich physische Basis des Staates, wird am schnellsten von den Krankheiten des Staatskörpers in Mitleidenschaft gezogen. Die nöthige Intelligenz und Kraft zu einer Initiative war aber nur in den höheren Schichten der Gesellschaft zu finden, während die Bauern ihr Loos bereits mit einer gewissen dumpfen Resignation über sich ergehen ließen. Seitdem hat die sociale Bewegung immer weitere Kreise ergriffen und die Aufgabe ist nur, ein gemeinsames Band zu finden. Dies wird aber nur möglich sein, wenn man dasselbe an irgend einen vorhandenen Punkt anknüpfen kann und dieser kann nur die konservative Partei sein, aus dem einfachen Grunde, weil eben kein anderer vorhanden ist.

Der konservativen Partei erwächst damit eine große, ehrenvolle Aufgabe; will sie dieselbe erfüllen, so ist es aber ihre Pflicht, auch stets in erster Linie eingedenk zu sein, daß sie der Vereinigungspunkt für alle diejenigen Elemente des Volkes sein soll, welche mit dem Liberalismus in irgend einer seiner Richtungen zu brechen wünschen, mit anderen Worten **niemals Fraktionspolitik treiben darf.** Die konservative Partei hat die Aufgabe, gleichsam zwischen jenen Elementen den **ehrlichen Makler** abzugeben und so ein Bündniß zu Stande zu bringen, welches allein

die nöthigen Reformen durchsetzen kann, das **Bündniß aller producirenden Kräfte.** Wir wissen nicht, ob eine solche Allianz bis ans Ende der Dinge aushalten wird, aber für die nächsten Dezennien ist sie absolut nothwendig, wenn die Größe unseres Vaterlandes Dauer gewinnen soll. Die Industrie kann sich nur kräftigen, wenn sie vom Freihandelsprinzip gründlich verschont wird, und wenn die ersparten Kapitalien ihr zufließen, anstatt in die Taschen internationaler Banquierfirmen; der große und kleine Grundbesitz müssen wieder Festigkeit erlangen und sich gleichfalls vom römisch-rechtlichen Freihandelsprinzipe emanzipiren, wechles den Grundbesitz behandelt, wie jede beliebige Sache; zu ihnen müssen Handwerker und Arbeiter stehen, wenn sie sich vor der Brutalität des schrankenlosen Kampfes ums Dasein schützen wollen, denn nur eine solche Anlehnung wird ihnen den nöthigen Rückhalt, die nöthigen (uninteressirten!) Führer geben, während sie sonst nutzlos ihre Kräfte vergeuden oder demagogischen Intriguen anheimfallen. Wir meinen aber, auch der rechte Handel hat kein Interesse an dem Ueberwuchern des abstrakten Kapitalismus. Oder ist unser Handel nicht stetig unter der Herrschaft desselben zurückgegangen? Nur eine nationale Wirthschaftspolitik, nur eine wirthschaftlich in sich erstarkte Nation kann die Basis seiner Größe sein. Der Handel mag unserethalben für den freien Handel schwärmen, aber er mache es wie die Engländer und wie einst unsere Väter, die Kaufleute der Hansa, er wende den freien Handel zuerst auf die Fremde an, anstatt von der eigenen Heimath zu verlangen, daß sie den Versuch mit sich selber anstelle. Was ferner das Beamtenthum betrifft, so braucht kaum gesagt zu werden, wie sehr ihm daran liegen muß, das Anschwellen eines ungesunden Kapitalismus zu hindern, der es selber theils korrumpiren, theils zum Proletariat herabstoßen würde. Ein gleiches Interesse mit den Beamten haben die Vertreter der geistigen Produktivität; wohin es mit dieser in einer sich zersetzenden Gesellschaft kommt, haben wir schon ausgeführt. Wenn die Materialisirung und Verrohung unserer Zustände wie dies beim allgemeinen Kampfe ums Dasein nicht anders sein kann, immer weiter fortschreiten, so werden Kunst und Wissenschaft nur noch als Parasiten in den Salons der Börsenfürsten geduldet. Wir zweifeln nun freilich nicht, daß die Vertreter von Kunst und Wissenschaft theilweise gegen ein solches Loos nichts einzuwenden haben, wie ja heute bereits sehr Viele derselben eine solche Existenz führen. Allein es ist gewiß kein Zufall, daß gerade die größesten Denker und Dichter aller Zeiten von Aeschylus an nichts weniger als liberal waren, weil sie instinktiv fühlten, daß, wenn bei der allgemeinen Verflachung des Daseins die Besonderheiten des gewöhnlichen Lebens beseitigt werden, für die Besonderheiten des produktiven Geistes

dabei erst recht kein Raum ist, und diese sofort dem Ansturm der massenhaften Mittelmäßigkeit erliegen werden.

So muß es denn einigermaßen sonderbar erscheinen, wenn der Liberalismus noch immer das „gebildete Bürgerthum" als ihm allein zugehörig in Anspruch nimmt. Es liegt auf der Hand, daß der Liberalismus auf das Wort „liberal" in seiner ethischen Bedeutung nicht den geringsten Anspruch mehr hat. Die Proklamirung des moralischen Faustrechtes ist gewiß nichts weniger als wahrhaft freisinnig und von edler Gesinnung zeugend, ebenso wenig Gründerorgien zu veranstalten und die Geldsäcke der Börsenjuden zu füllen. Von edler Gesinnung zeugt es dagegen, wenn man dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen, dem Handwerker seinen alten freudigen Stolz zurückgeben, die Thätigkeit des Landwirthes von ihren Lasten befreien, der nationalen Industrie die Schwingen lösen, den Handel in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt stellen will. Wir behaupten daher geradezu umgekehrt: **nur das ungebildete Bürgerthum** schwört noch zum Liberalismus. Nur diejenigen, welche die Wahrheit vor lauter Phrasen nicht sehen und die zu faul sind, an ihre tägliche Zeitungslektion nur einen einzigen Gedanken zu knüpfen. Daß diese Spezies leider sehr verbreitet ist, geben wir zu; man kann ihr angehören, trotzdem man sehr viel gelernt hat und unter seines Gleichen als großer Gelehrter gilt. Wollten nur diese Herren einmal genau zusehen, was für **materielle** Interessen auf liberaler Seite mitspielen, was es für Leute sind, die aus Eigennutz und nicht der bloßen Phrase halber liberal sind! Sollte Alles in Allem der „Eigennutz" eines Grundbesitzers oder Bauern, eines Handwerker, eines unternehmenden Fabrikanten, eines fleißigen Arbeiters, die ihr Fortkommen und ihre Existenz sichern wollen, nicht denn doch verträglicher mit den nationalen Interessen sein, als der Eigennutz internationaler Börsenfürsten, eines jüdischen Magazininhabers, eines Güterschlächters und Wucherers, eines Tagediebes, der, anstatt zu arbeiten, hinter dem Ladentische stehen will?

Freilich wird auch die konservative Partei etwas thun müssen, um die sogenannten „Gebildeten" zu gewinnen. Man mag über diese Bezeichnung denken wie man will, es ist nun einmal ein Factor, mit dem man in Deutschland unter allen Umständen rechnen muß. Das hat man auf liberaler Seite immer gewußt, das wissen selbst diejenigen „Liberalen", denen Bildung höchstens den Werth hat, daß sie auf Grund ihrer „Bildung" nicht drei Jahre zu dienen brauchen. Allein mit politischer Agitation, und würde sie noch so fieberhaft betrieben, erreicht man das Ziel nicht.

Es wird vielmehr Pflicht der konservativen Partei sein, die geistige

Productivität in allen Sphären möglichst an sich zu reißen. So lange die konservative Partei so zu sagen eine altpreußische Institution war, konnte sie hierauf verzichten: heute steht sie indessen dem gesammten Deutschland gegenüber. Tausende, die gern Anschluß suchen würden, schrecken instinctiv, weil sie glauben, man habe auf konservativer Seite kein Herz für deutsche Bildung, Kant und Goethe hätten für die konservative Partei nicht gelebt. Gewiß ist die Behauptung lächerlich, unsere großen Männer hätten etwa zu Gunsten unserer liberalen Fractionen gewirkt, allein jenes Vorurtheil ist trotzdem von unberechenbarem Schaden. Um dasselbe zu verscheuchen, ist es vor Allem auch geboten, jeden religiösen Dogmatismus zur Seite zu lassen. Für die Politik kommt die Kirche als **Institution** in Betracht, für ihr Inneres muß die Kirche selbst merken. Nur dafür hat also die Politik zu sorgen, daß die Kirche als Institution erhalten bleibt und als solche bestehen kann. Das Hervorkehren des Dogmatismus würde zudem noch eine andre Aufgabe erschweren, die unseres Erachtens eben so wichtig ist, wie die soziale Reform: die Versöhnung der christlichen Konfessionen.

Die beiden Konfessionen. Das Centrum.

Damit ist nicht Konfessionslosigkeit gemeint. Das Christenthum ist nur in konkreter Gestalt denkbar. Vielmehr sind die besonderen Verhältnisse Deutschlands in Betracht zu ziehen. Katholizismus und Protestantismus leben nebeneinander, jener in der Minorität, aber im Positiven einig, dieser zersplittert, aber in der Negation einig. Dies Nebeneinanderleben ist von höchster kulturhistorischer Bedeutung: es erhält dem Katholizismus seinen idealen Schwung und verhindert den Protestantismus sich gänzlich in die Negation zu verlieren. Soll dies Nebeneinanderleben aber friedlich fortgesetzt werden, so ist zweierlei nöthig: der Katholizismus muß gehindert werden, seine propagandistischen aggressiven Tendenzen geltend zu machen, der Protestantismus, der römischen Kirche wie in den Zeiten der Reformation kritisch entgegenzutreten. Beide müssen sich in die historische Nothwendigkeit finden, nebeneinander zu existiren, deshalb muß ihnen vor Allem aber der Staat als ein Drittes gegenüberstehen und alles rein Bürgerliche seiner ausschließlichen Jurisdiktion unterwerfen. Wir halten deshalb die Beibehaltung der obligatorischen Civilehe für unbedingt nothwendig. Wenn man sagt, diese Einrichtung vertrüge sich nicht mit einem „christlichen Staate", so ist darauf zu erwidern, daß dies ein sehr zweideutiger Ausdruck ist. Als solcher kann der Staat nämlich nicht abstrakt christlich, sondern er müßte konfessionell sein, wie es etwa

England, Schweden, Spanien waren. Der Staat ist vielmehr nur in dem Sinne christlich, als er dafür sorgen muß, daß das Christenthum seinen Bürgern erhalten bleibt, und insofern er selber **praktisches Christenthum** treibt, d. h. die Gebote der Nächstenliebe immer mehr in seinen Institutionen zu verwirklichen sucht. Der letzte Mischehenstreit hat gezeigt, wohin wir kommen würden, wenn der Staat irgendwie an konfessionellen Fragen betheiligt würde: offenbar war die Heftigkeit auf protestantischer Seite gleich groß, wie auf katholischer, und nur weil die Regierung sich zu keinem unüberlegten Schritte hinreißen ließ, ist die Sache sobald wieder beigelegt. Andrerseits versteht es sich von selbst, daß wir gegen die simultane und für die konfessionelle Volksschule, jedoch unter Aufsicht des Staates sind. Wie soll anders der Staat christliche Bürger erhalten, als wenn die Kinder in irgend einer konkreten Konfession erzogen werden? In Wahrheit ist die Konfessionslosigkeit der Schule auch meist eine Chimäre und stellt sich als eine unpassende Rücksichtnahme auf eine nichtchristliche Religion dar.

Leider hielt man sich während des sogenannten Culturkampfes nicht in den bezeichneten Grenzen. Der Gedanke, von dem Fürst Bismarck ausging, hatte sein Richtiges. Die Fortschritte, welche der Katholizismus unter dem Pontifikate Pius IX. in mehreren protestantischen Ländern gemacht, hatten allmählich eine so aggressive Tendenz erzeugt, daß derselben im Interesse der Aufrechterhaltung des religiösen status quo ein Halt zugerufen werden mußte. Allein gleich von vornherein beging man den großen Fehler, daß man gegen die katholische Kirche als solche einschritt. Nur der Siegesjubel der siebziger Jahre läßt es entschuldbar erscheinen, daß man etwas so Klägliches und Halbes wie den Altkatholizismus gegen die römische Kirche ins Feld führte. Dem einen Fehler entsprangen weitere, man beschränkte sich nicht auf politische Maßregeln, sondern griff gradezu in die Dogmen ein; denn wenn der Staat auf eigene Hand Bischöfe absetzte, die er nicht eingesetzt hatte, so war dies ein solcher Eingriff. Auch sonst ließ man sich zu Maßregeln herbei, die nothwendig die Gemüther erbittern mußten. Der ganze Kulturkampf hat bis jetzt nur die doppelte Folge gehabt, den Katholizismus neu zu kräftigen und den Anstoß zu jener Parteibildung gegeben zu haben, die sich das Centrum nennt.

Das Centrum war ohne Frage Anfangs eine durchaus defensive Partei. Als Minorität, die man am Liebsten ganz aus den Parlamenten hinaus gedrängt hätte, bewahrte es sich seine Unbefangenheit und Unberührtheit; dazu kommt, daß die katholische Kirche mit ihren vielhundertjährigen Erfahrungen weniger geneigt ist, augenblicklichen „zeitgemäßen" Täuschungen zum Opfer zu fallen. So kam es, daß sich das Centrum von den wirthschaftlichen Excessen des Liberalismus frei hielt und daß es als parlamentarische Partei zum ersten

Male den Ruf nach sozialen Reformen erschallen ließ, denn als eine solche Partei konnten die Steuer- und Wirthschaftsreformer doch nicht gelten. Aber wie die Kulturkämpfer auf religiöses Gebiet übergriffen, so mußte sich im Centrum während der Zeit des Kampfes immer mehr die religiösen Motive mit der Politik vermengen. Während nun die übrigen Parteien sich zersplitterten, blieb das Centrum intakt und sah sich so, als der Lärm des Kulturkampfes vorüber, plötzlich zum höchsten parlamentarischen Einflusse gelangt. Einen solchen Einfluß verliert man nicht gern, am allerwenigsten mögen es Fraktionsführer, die sich desselben zu allen möglichen Zwecken bedienen können. Aber was soll das Centrum, wenn der Kulturkampf fortfällt? So haben denn allmählich die Rollen gewechselt und es liegt klar auf der Hand, daß das Centrum das allergrößte Interesse hat, den Kulturkampf unter der Asche fortglimmen zu lassen, um ihn, wie wir so eben erlebt haben, geeigneten Augenblicks sofort wieder zu hellen Flammen anzublasen.

Daß es etwas sehr Verlockendes hat, wenn man das Centrum zu irgend einer positiven Politik gewinnen könnte, ist klar. Vielleicht hat Fürst Bismarck selbst einmal daran gedacht. Daß er freilich geglaubt haben sollte, das Centrum von Rom aus umzustimmen, können wir nicht annehmen. In Rom muß man nothgedrungen den Rathschlägen der Centrumsführer folgen, denen man überdies naturgemäß mehr trauen wird als der Deutschen Regierung. Und weßhalb sollte man freiwillig eine so schneidige Waffe, wie das Centrum, aus der Hand geben? Was beim Fürsten Bismarck zweifelhaft erscheint, trifft dagegen bei der deutschkonservativen Fraktion zu. Die berühmte konservativ-klerikale Allianz würde allerdings den parlamentarischen Zuständen bald eine andere Physiognomie geben. Allein bis jetzt sehen wir nur auf konservativer Seite die entsprechende Gesinnung; man kam dem Centrum so weit wie möglich entgegen, dieses aber nahm alle derartigen Schritte mit kühler Vornehmheit entgegen. Von einer kräftigen und prinzipiellen Unterstützung der Konservativen war erst recht keine Rede. Den konservativen Führern scheint entgangen zu sein, daß es gar nicht im Interesse des Centrums und seines parlamentarischen Einflusses liegt, die Konservativen allzu sehr kräftigen. Es kann nur eine schwache konservative Partei gebrauchen, die sich nach Belieben von ihm ins Schlepptau nehmen läßt.

Wir möchten daher entschieden davor warnen, um die Gunst des Centrums zu buhlen; es wird damit nur das Gegentheil von dem erreicht, was man beabsichtigt. Weit schneller wird man zum Ziele gelangen, wenn man aus sich selbst heraus stark zu werden sucht. Seinen großen Anhang verdankt das Centrum doch idealen Bedürfnissen, der Liebe zur Kirche und seinen sozialen Tendenzen. Als es daher einmal auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Gesetzgebung zu einem **entschiedenem** Schritte kam, ge-

legentlich des neuen Zolltarifs, da mußte auch das Centrum wohl oder übel sich daran betheiligen. Das Centrum ist nur zu besiegen, wenn man ihm den Boden unter den Füßen wegzieht, wenn man also einerseits das katholische Gewissen befriedigt, so weit es sich mit den staatlichen Interessen verträgt, und andererseits eine energische Sozialpolitik betreibt, im Uebrigen aber jedem Versuche die Situation zu verwirren, mit schlagfertiger Energie entgegentritt.

Wir verkennen nicht, daß die Regierung sich in Ansehung des ersten Punktes in einer schwierigen Lage befindet. Giebt sie alle diskretionären Vollmachten aus der Hand, so kann sie erleben, daß man künstlich neue Fragen anregt. Hiergegen muß dem Staate unter allen Umständen Seitens der Kirche Garantie werden. Daß der Kulturkampf faktisch erloschen ist, erkennen sogar die Führer des Centrums an. Denn ein Kampf, von dem Niemand etwas mehr wissen will, ist kein Kampf mehr. Wenn das Centrum wollte, könnte es schon lange seine vielgerühmte konservative und moralische Gesinnung im schönsten Lichte leuchten lassen. So lange aber Niemand weiß, ob das Centrum im nächsten Augenblicke sich als religiöse oder politische Oppositionspartei gebärden wird und man darauf rechnen kann, daß es in beiden Fällen den ganzen gewaltigen Apparat der katholischen Kirche zur Verfügung hat, kann der Staat unmöglich alle Karten aus der Hand geben.

Ernstlich ist jedoch zu wünschen, daß man auf protestantischer Seite selbst mit größerer Unbefangenheit zu Werke gehe und seinen Wetteifer zeige, **hierin** den Katholiken überlegen zu sein.

Der Katholik, der in seiner Kirche die einzige allgemeine und zugleich **sichtbare** Kirche erblickt, hat wenigstens eine Berechtigung auf eine gewisse Ausschließlichkeit. Der Protestant aber, der an eine unsichtbare Kirche glaubt, steht sich selbst im Lichte, wenn er auf eine Schärfung des confessionellen Gegensatzes ausgeht. Wir leben nicht mehr in der Zeit der Reformatoren, und die Furcht vor des „Papstes und Türken Mord" hat Angesichts des modernen Unglaubens keinen rechten Sinn. Das gilt auch in politischer Hinsicht. Daß der Katholicismus das Aufkommen Preußens zu hindern suchte, ist begreiflich. Es ist auch verzeihlich, wenn man den Uebergang des Kaiserthums an eine protestantische Dynastie nicht gern sah und unter dem doppelten Eindrucke dieses Vorganges und des Culturkampfes sich mit Polen und Particularisten zusammenthat. Allein die Weltverhältnisse sind nicht mehr solche, daß man katholische Mächte gegen den Protestantismus und das deutsche Reich aufbieten könnte. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben mit religiösen Dingen nichts zu thun. Der gefährlichste Widersacher Deutschlands, Rußland, steht dem römischen Katholicismus geradezu feindlich gegenüber, der gefährlichste und überlegene Concurrent Deutsch-

lands, England, ist ein protestantischer Staat. Wir meinen daher, daß die Interessen des Katholicismus durchaus nicht Feindschaft gegen Deutschland gebieten und daß dieser, nachdem Preußen in Deutschland aufgegangen ist, erst recht keinen Grund hat, sich mit dem Particularismus zu identificieren, von dem doch wahrhaftig die katholische Kirche nur in den seltensten Fällen Vortheile gehabt hat. Wir möchten sogar umgekehrt behaupten, daß Deutschland in seiner Stellung zu Rußland in Bezug auf die polnische Frage von einer Unterstützung des Katholicismus unter Umständen großen Nutzen ziehen könnte. Denn nur dem Katholicismus könnte es vielleicht gelingen, die Polen in ihren politischen Aspirationen an das Maaß des Erreichbaren zu gewöhnen: eine solche Gewöhnung aber würde uns Rußland gegenüber ganz eminent stärken.

Und dann, was helfen alle Bedenken? Der Katholicismus ist nun einmal da, und wir müssen mit ihm auskommen, ja es ist sogar das erste Erforderniß der Selbsterhaltung, daß der confessionelle Zwiespalt sich in Deutschland nicht verewigt. Vergessen wir nicht, daß der letzte Versuch, die alte Kaisermacht zu stärken, das Auftreten Wallensteins, daran scheiterte, daß man plötzlich die großen politischen Thaten dieses Mannes durch eine Art von katholischen „Kulturkampf", das berüchtigte „Restitutionsedikt" durchkreuzte. Die christliche Religion steht über den einzelnen Völkern. Das Christenthum ist keine nationale, sondern eine kosmopolitische Religion. Deßhalb hat noch immer das Aufwerfen religiöser Fragen dem Patriotismus zu Schaden gereicht, sowohl auf protestantischer, wie katholischer Seite. Der Staat hat mehr Interesse an der Religion, als die Religion am Staate. Das darf man nicht vergessen, so hart es rein politischen Naturen ankommen mag, die indessen diese Wahrheit immer nur zum eigenen Nachtheil vernachlässigt haben.

Dies indessen nur beiläufig. Uns interessirt hier vornehmlich das Verhältniß zwischen Centrum und Konservativen. Nehmen die Konservativen den richtigen Standpunkt ein und halten denselben mit Energie fest, so muß das Centrum zu ihnen kommen. Aber freilich, in dem „mit Energie **festhalten**" liegt es und nach dieser Richtung hat man es allzu oft fehlen lassen.

Die Fehler der Konservativen.

Die Konservativen als Fraktion sind leider bald zu einer rein gouvernementalen Partei herabgesunken, bald wieder haben sie die Regierung im Stiche gelassen. Eine Partei darf nicht das bloße Mundstück einer Regierung sein, womöglich, je nach der Besetzung der verschiedenen Ministerialressorts, in der Abstufung einer ganzen Skala erklingend. Sie muß

dieselbe vorwärts drängen, sich aber nicht von ihr mühsam mitreißen lassen. Daß den Konservativen manche Gedanken des Fürsten Bismarck neu waren, ist natürlich; neue Gedanken zu haben, ist ja eben der Vorzug großer Geister. Aber die Konservativen haben im Ganzen nur wenig gethan, diese Gedanken zu verdauen und weiter zu tragen. Mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten Fürst Bismarck zu kämpfen hat, weiß jeder, der die Widerstandskraft der Staatsmaschinerie gegen jede geniale Neuerung kennt. Es ist thöricht, wenn man vom Reichskanzler verlangt, er solle Paragraph für Paragraph seine letzten Ziele klar legen und nun den Stier bei den Hörnern packen. Das wäre die Weise eines Revolutionärs, aber nicht die eines Staatsmannes. Ein wahrer Staatsmann wird sich nie in dieser Weise für unfehlbar halten, daß er die Existenz des Staates im Kampfe der Meinungen auf's Spiel setzte. Er wird stets daran festhalten, daß **irgend eine** Existenz noch immer besser ist, als **keine.** Allein kann der Reichskanzler überdies mit seinen Ideen nicht durchdringen; findet er nicht die gehörige Unterstützung, so muß er sich von denselben abhandeln lassen, überhaupt sich den momentanen Bedürfnissen und den zahllosen sich kreuzenden Strömungen des Tages anpassen. Die richtige Hülfe aber findet er nur, wenn eine große und mächtige Partei diese Ideen in ihrer Reinheit vertritt, und diese Partei ist wieder nur möglich, wenn das Volk weiß, daß jene Ideen sie zusammengeführt haben, nicht aber darin eine gleichfalls nach den augenblicklichen Strömungen sich modifizirende gouvernementale Fraktion erblickt.

Damit ist keineswegs gemeint, daß die Partei, so lange sie einen Führer wie den Fürsten Bismarck besitzt, diesem das Leben durch allerhand Selbstständigkeitsdemonstrationen sauer machen soll. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann sie überhaupt niemals ganz selbstständig sein, weil sie niemals allein die Majorität ausmacht. Es gilt vielmehr im Parlamente jedesmal das Erreichbare durchzusetzen und so Schritt für Schritt vorwärtszukommen. Vor Allem aber kann der Reichskanzler, daß man im entscheidenden Augenblick zu ihm steht. Einen Staatsmann, wie den Reichskanzler, muß eine Partei, die ihn den ihren nennen will, sich verpflichten. Mit platonischen Liebeserklärungen ist keiner Regierung gedient, am allerwenigsten, wenn daneben sich ein weit realistischeres Gemüth zeigt, sobald die Interessen der Fraktion selbst oder einzelne Volkskreise ins Spiel kommen.

Nicht genug kann deshalb das Verhalten der meisten Konservativen gelegentlich der Debatten über das Tabaksmonopol beklagt werden. Was soll das Volk von einer Partei denken, die erst in ihrer großen Majorität (das war wenigstens der allgemeine Eindruck) für das Monopol eintritt und nachher nur ein Minimum von Kraft für seine Vertheidigung aufwendet? Was wäre aus den Debatten

über das Monopol geworden, wenn etwa der Reichskanzler eine plötzliche Heiserkeit befallen hätte? Und was hat ein Staatsmann von einer Partei die ihm in einem so wichtigen Momente so wenig Beistand gewährt? Der Triumph der Liberalen anläßlich des Monopols ist vollständig. Nachdem ganz Deutschland Jahre lang davon gesprochen, wird es jetzt kaum noch erwähnt. Der Regierung ist es nach den gemachten Erfahrungen nicht zu verdenken, daß sie das Monopol „aus der Diskussion ausscheidet.“ Aber ist es richtig, daß man auch für die öffentliche Diskussion das Monopol von der Tagesordnung absetzt? Was sollen die Wähler davon denken, wenn plötzlich von einer so einschneidenden Maßregel keine Rede mehr ist, nachdem dieselbe vorher als einzige Rettung aus allen finanziellen Nöthen hingestellt wurde? Muß ein solches Verhalten nicht die Konservativen in den Verdacht der allerschlimmsten Gouvernementalität bringen, den Glauben erwecken, daß man nur scheinbar und wider Willen für das Monopol eintrat, um der Regierung einen Gefallen zu thun, nicht aber aus Ueberzeugung. Derartige Inkonsequenzen fügen den größesten Schaden herbei. Wir sind wenigstens überzeugt, daß Konsequenz und Ausdauer das Ansehen einer politischen Partei immer steigert. Habe ich mich einmal für eine vermeintlich nothwendige Maßregel engagirt, so muß ich meinen Ansichten treu bleiben. Ideen von solcher Tragweite muß eine Partei festhalten, selbst wenn die Regierung sie augenblicklich fallen lassen sollte. Es ist ein großer Irrthum, wenn man meint, man könne es mit dem Volke heute so und morgen so versuchen. Nur Geduld führt zum Ziele. Hat etwa der Liberalismus die Seinigen über Nacht erreicht? Daß die Stellung der Konservativen, wenn sie in der Frage des Monopols zum Kanzler gestanden, heute eine ganz andere wäre, ist nicht zu bezweifeln. Schwerlich würde das Monopol so ohne Weiteres ad acta gelegt sein; einem festen Auftreten der Konservativen gegenüber hätten sicherlich eine große Anzahl Centrumsmitglieder gleichfalls den Muth gefunden, sich für das Monopol zu erklären. So hätten die Konservativen trotz einer etwaigen parlamentarischen Ueberstimmung eine **leitende** Rolle gespielt, während die, welche sie in Wirklichkeit spielten, einfach kläglich war.

Man wird nun zwar einwerfen, daß ja nicht **alle** Konservativen sich für das Monopol engagirt hätten. Es ist dies richtig, allein leider wird die Sache dadurch nicht verbessert sondern eher verschlimmert. Was die preußischen Konservativen anbelangt, so kommen hier nur Einzelne in Betracht. Geschlossen gegen das Monopol hatten sich nur die sächsischen und badischen Konservativen erklärt. Etwa dem konservativen Gedanken zu Liebe? Offenbar vielmehr aus partikularistischen Bedenken.

Kaiserthum, monarchisches Prinzip und soziale Reform.

Konservatismus und Partikularismus sind heute unvereinbare Gegensätze. Das gilt sowohl vom preußischen wie vom sonstigen Partikularismus. Die Entwicklung, welche wir der konservativen Partei wünschen, könnte man als das **geistige Aufgehen Preußens in Deutschland** bezeichnen. Denken wir trotzdem selbst von den Unliebenswürdigkeiten der altpreußischen Konservativen nicht schlecht: auch sie haben mit dazu beigetragen, Preußen groß zu machen. Die Konservirung dieser Eigenschaften würde jedoch den großen Verschmelzungsprozeß aufhalten, auf dem unsere Zukunft beruht. Wenn wir aber von einem preußischen Partikularismus nichts wissen wollen, so hat erst recht ein Partikularismus keine Existenzberechtigung, der sich in Widrspruch mit den allgemeinen Bedürfnissen der Nation setzen wollte. Wir billigen durchaus die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus, wo sie einen Sinn hat. Wie viele der deutschen Staaten verdanken jedoch den größten Theil ihres Länderbesitzes der Willkür Napoleons oder den Intriguen des Wiener Kongresses? Die Leichtigkeit, mit welcher sich jedesmal die Bevölkerung, den Adel an der Spitze, in diese Uebertragungen fand, spricht nicht gerade für ein hoch entwickeltes Legitimitätsgefühl der Deutschen, während der Umstand, daß diese sich umgekehrt gerade bei einer Einverleibung in den heranwachsenden neuen deutschen Staat, in Preußen, am heftigsten zu sträuben pflegten, ein beredtes Zeugniß für ihre Querköpfigkeit ablegt. Woher sollte aber auch das Gefühl der Legitimität kommen? Die Deutschen haben zwar ein schlechtes Gedächtniß für ihre Geschichte, allein unbewußt wirken die gemachten Erfahrungen doch. Die deutschen Einzelsouveränetäten sind kein Produkt des Legitimitätsprinzipes, sondern Niederschläge der Intrigue, der Revolution und der Fremdherrschaft.

Im Grunde stand den deutschen Fürsten nur noch ein **legales** Recht zu: sich einen Oberherren zu küren. Dies ist geschehen und so kann man denn die staatsrechtliche These aufstellen, daß das Kaiserthum die einzige wahrhaft legitime Gewalt in Deutschland ist, ebenso legitim zu Stande gekommen, wie einst das Königthum Konrads I., Heinrichs I., Konrads II., Konrads III. Denn wohl gemerkt unser Kaiser ist nicht der Nachfolger des römischen **Kaisers**, sondern der Nachfolger des **deutschen Königs.** Auf den Namen kommt nichts an. Das römische Kaiserthum als solches ist 1806 erloschen und auch nicht wiederhergestellt.

Wir wollen durch diesen Hinweis auf den Ursprung der Territorialhoheit keineswegs diese selbst in Mißkredit bringen. Im Gegentheil, wir möchten ihr neue Kraft zuführen, und sind überzeugt, daß sie diese in ihrer Anlehnung an die legitime Kaiserliche Gewalt bereits gefunden hat und immer mehr finden

wird. Dagegen würde ein jedes Aufleben des „gottlosen Souveränetätsschwindels" zum eigenen Verderben der deutschen Einzelherrscher ausschlagen, und die ein solches herbeiführen möchten, schaden sowohl Jenen, als dem Gesammtvaterlande, sind revolutionär, aber nicht konservativ. Je offener die deutschen Fürsten zu ihrem Kaiser stehen, desto fester und glänzender wird ihre Stellung sein. Sie müssen sich eben in jene Existenzbedingungen finden, die sie Jahrhunderte lang außer Acht gelassen hatten. Zur Zeit des alten Reiches wird auch mancher Fürst nach erfolgter Wahl gedacht haben, sein Geschlecht sei vornehmer, wie das des Gewählten und er habe sich ebenso gut zum Herrn des Reiches geeignet; trotzdem mußte er diesem beim Krönungsmahle die Dienste des Vasallen leisten. Und wenn man sich darauf beruft, damals sei Deutschland eine Wahlmonarchie gewesen, so vergißt man, daß die unbeschränkte Wahlfreiheit erst nach dem Untergange der Hohenstaufen eintrat, und daß auch sie selbst dann sehr bald wieder de facto an die Habsburger verloren ging.

Eine Stärkung des monarchischen Principes scheint uns in Deutschland deßhalb nur durch die **monarchische Stärkung der Kaiserlichen Gewalt möglich.** Nicht unitarische, aber **Kaiserliche Politik** muß eine wahrhaft konservative Partei treiben. Vor Allem, indem sie das Kaiserthum moralisch kräftigt, indem sie das Gefühl der Treue und Loyalität in allen Schichten der Bevölkerung pflegt, vom Landesfürsten bis zum geringsten Bauern. Diese moralische Kräftigung wird sich aber ganz von selbst machen, wenn sie dem Kaiserthum hilft, der wahre Hort deutscher Wohlfahrt und Freiheit zu sein.

Es ist eine wunderbare Fügung, daß sich das neue Kaiserthum gewissermaßen vor derselben Aufgabe sieht, vor der das alte in jenem Augenblicke stand, als ihm die Geschichte zum letzten Male die Möglichkeit zur neuen Kräftigung und Fortdauer darbot. Wer zweifelt daran, daß, wenn Karl V. sich an die Spitze derer gestellt hätte, die nach sozialen und politischen Reformen verlangten, vornehmlich der Bauern und Ritter, der religiöse und staatliche Verfall Deutschlands verhindert worden wäre? Aber das Kaiserthum wollte oder konnte seine Pflichten nicht begreifen. Jetzt wird es anders sein; denn das ist die freudenreiche Bedeutung der von unserm Kaiser und seinem ersten Rathgeber eingeschlagenen Politik: die Aufgabe wird dieses Mal erfüllt werden. Ideen, wie sie die **Kaiserliche Botschaft,** wie sie Fürst Bismarck ausgesprochen hat, lassen sich nicht zurücknehmen, verwirklichen sich vielmehr schließlich selbst. Auch wenn man sie wieder aus der Welt schaffen wollte, — es würde nicht möglich sein, ebenso wenig wie sich etwa heutzutage der Frankfurter Bundestag reactiviren ließe. Freilich ist auch die Weltlage eine andere. Das Kaiserthum des sechzehnten Jahrhunderts war durch auswärtige, österreichisch-habsburgische Interessen in Anspruch genommen. Unser Kaiserthum wird zu einer sozialreformatorischen

Politik nicht nur durch die nationalen Bedürfnisse, sondern durch seine eigenen monarchischen Interessen gezwungen. Alles in der Welt beruht auf Gegenseitigkeit; so ist es auch hier. Nur die starke Hand eines Monarchen vermag derartige Reformen durchzuführen, die sonst den Wechselfällen der Demagogie überantwortet werden und im allgemeinen Chaos scheitern. Umgekehrt kann aber auch der Monarch nur seine Stellung wahren, wenn er sie in diesem Sinne gebraucht. Das Königthum ist zu Macht und Ansehen gekommen, indem es sich den Feudalherren gegenüber auf den Bürgerstand stützte; auch heute wird es nur auf gleiche Weise seine Macht und sein Ansehen bewahren. Denn die eigentliche Bürgerschaft des Staates besteht in den productiven Volksklassen. Ihr Wohlbefinden ist die Garantie der Monarchie. Ueberläßt man jene dem Verfalle, so wird diese zwischen die Scylla der vom Proletariate ausgehenden Revolution und die Charybdis einer vom Kapital dirigirten Kliquenwirthschaft gerathen, ja vermuthlich bis zur Zertrümmerung immer von der einen der anderen zugeworfen werden. Beide sind jedoch nicht nur Feinde der Monarchie, sondern jeder gesunden nationalen Entwicklung.

Die liberale Gesetzgebung hat nur die Konsequenzen der Zerstörung gezogen. Sie ging vor Allem auf's Nivelliren aus, weil der Liberalismus in seiner materialistischen Anschauung die Staatseinheit nur in der Identität der Gesetzesparagraphen sieht. Gerichtsverfassung, Strafrecht, Civilrecht und dergleichen sind Alles recht schöne Dinge, allein sie fördern die Einigkeit der nationalen Gesinnung nicht um Haaresbreite. Hat es etwa dem pommerschen Patriotismus geschadet, daß gewisse pommersche Bezirke römisches Recht besaßen, oder hat man es als ein nationales Unglück empfunden, daß in den Rheinlanden der Code Napoleon Geltung behielt? Der Liberalismus war nur praktisch, wo er der Börse in die Hände arbeitete, im Uebrigen lag er in den Banden des blindesten Doktrinarismus. Hätte er politische Einsicht gehabt, so würde er die Kraft, die er z. B. auf die Herstellung eines bürgerlichen Gesetzbuches verwandte, benutzt haben, die Matrikularbeiträge zu beseitigen und das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen. **Nicht gesetzgeberische Gleichmacherei sondern Einheit in der nationalen Wohlfahrt muß unser Ziel sein.** Wie die Einzelstaaten ihr ganzes Leben nur ihrer Stellung innerhalb der Nation verdanken, so müssen sie den Grund ihrer Wohlfahrt in Kaiser und Reich finden. Die Nation, das Reich muß der Quell des materiellen Wohlbefindens sein, nicht ein mühsam Aberspartes, gleichsam ein Luxus. Je mehr aber Kaiser und Reich ihren materiellen Zwecken entsprechen, desto mehr werden sie auch für das Ideale wirksam werden. Auch hier wird sich früher oder später die Wahrheit dessen geltend machen, was wir über den Zusammenhang zwischen Materiellem und Idealem gesagt haben. Das wahrhaft monarchische Kaiserthum wird ganz

von selbst die unterbrochene Geschichte Deutschlands wieder anknüpfen und auch die preußische Geschichte in die deutsche aufgehen lassen. Daß damit auch die konfessionellen Gegensätze eine große Milderung erfahren würden, ist um so eher anzunehmen, als sie ja ihre hauptsächlichste Nahrung aus den Erinnerungen an die Vergangenheit ziehen.

Vor Allem der Hinblick auf die Vergangenheit aber ist es, der die idealen Tendenzen in einem Volke stärkt:

> In dem Vergangenen liegt das Tüchtige,
> Verewigt sich in schöner That.

Der gefährliche Gegensatz und die Aussöhnung im praktischen Christenthum.

Eine so von Grund aus nationale und kaiserlich gesinnte Partei wird aber ganz von selbst davor bewahrt bleiben, um des Fractions-Interesses Willen sich nach irgend einer Seite zu compromittiren. Sie ist die wahre, die einzig mögliche Regierungspartei, denn nur nach **ihren** Grundsätzen wird man regieren können, wenn überhaupt noch auf längere Zeit regiert werden soll. So aber ist sie denn auch das, wonach Fürst Bismarck so lange vergebens sucht, die **wahre und die einzig mögliche Mittelpartei.** Denn nicht die Unentschiedenheit und Halbheit der Grundsätze kann die Basis einer kräftigen Mittelpartei bilden: vielmehr wäre diese ein Unding, die bei der ersten ernsten Frage wieder auseinander gehen müßte. Wenn verschiedene Dämmerungen in einander fließen, giebt es noch immer keinen hellen Tag. Eine wahre Mittelpartei ist nur möglich, wenn ein höheres Drittes geboten wird, unter dem sich die bisherigen Gegensätze zusammenfinden können. **Der eigentlich gefährliche Gegensatz unseres Parteilebens ist nun aber der zwischen dem Nationalliberalismus und dem Katholizismus.** Wenn Herr von Bennigsen das Wort vom „protestantischen Kaiserthum" ausgab, so handelte er damit durchaus im Sinne des Nationalliberalismus.

Der nationalliberale Wähler ist durchschnittlich ein protestantischer Bürger, dem die Nothwendigkeit socialer Reformen noch nicht allzu eng auf den Leib gerückt ist, der aber, als Erbe jenes Liberalismus der zwanziger Jahre, ein desto lebhafteres nationales Bewußtsein hat. Umgekehrt tritt dieses beim Katholiken zurück. Der Katholik erkennt dafür die Nothwendigkeit socialer Reformen an; er sieht ein, daß die Nivellirungsarbeiten des Liberalismus schließlich auch der Kirche gefährlich werden müssen, diese Kirche verpflichtet ihn zu dem, dem Liberalismus entgegenzutreten. Sollte es wirklich unmöglich sein, eine Aus-

söhnung zwischen diesen beiden Richtungen zu Stande zu bringen, soweit die Vertreter derselben überhaupt der Stimme der Vernunft zugänglich sind und nicht von egoistischen Nebenabsichten geleitet werden? Unseres Erachtens ist es möglich. Denn zum nationalliberalen Protestanten kann man sagen: Deine nationalen Gedanken lassen sich nur in einem social gesicherten Vaterlande verwirklichen; das Reich, dessen Gründung du bejubelt, wird von Neuem zerfallen und zersplittern, wenn nicht der Fluch des konfessionellen und socialen Haders von ihm genommen wird, wenn es nicht finanziell mächtig dasteht und so der Mittelpunkt des ganzen nationalen Lebens wird. Umgekehrt aber wird man dem Katholiken zurufen: Auch du liebst dein Vaterland; begreife doch, daß dir seine Schwäche nicht den geringsten Nutzen bringt. Erneuere nicht den Kampf zwischen Kaiserthum und Papstthum, der doch nur die Reformation vorbereitet und so deiner Kirche die Hälfte Deutschlands gekostet hat. Sieh ein, daß nur ein geeintes mächtiges Deutschland alle jene sozialen Reformen verwirklichen kann, die du herbeisehnst, daß die Kräftigung des Nationalgefühls schließlich auch der katholischen Vergangenheit Deutschlands Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, daß die Fülle des deutschen Geistes sich nur aus seiner Stärkung entfalten kann, aus dem Anknüpfen an seine legitime Entwicklung, und daß diese Fülle den Gegensatz von Protestantismus und Katholicismus friedlich nebeneinander in sich bewahren wird.

Die Möglichkeit einer solchen Sprengung des Fraktionsringes ist auch bereits durch die Thatsachen bewiesen, durch jene Majorität der 204, welche den neuen Zolltarif schuf und der sowohl Liberale, wie Löwe und Berger, als auch Konservative und Ultramontane angehörten. Die Fragen um die es sich jetzt handelt, sind aber im Grunde noch weit bedeutsamer als die des Schutzzolles; sollte sich nicht hier auch endlich eine Einigung erzielen lassen, sollte sie nur deshalb unmöglich sein, weil allerdings ein idealer Sinn dazu gehört, soziale Reformen durchzuführen, als einen neuen Zolltarif zum Schutze der Industrie zu entwerfen? Nein, daß unser deutsches Volk so sehr von allen seinen guten Geistern verlassen sei, können wir doch nicht glauben; wir sind vielmehr überzeugt, das der große Gedanke des **praktischen Christenthums** schließlich alle Herzen sich erobern und die verjährten Fraktionsvorurtheile zertrümmern, den Bann unheilvoller Phrasen für immer brechen wird, daß endlich der Katholik den Werth eines Strebens begreift, welches den nationalen Gedanken in den Dienst einer menschenerlösenden Religiosität stellen will, und daß der protestantische Patriot sich einem Ideale beugt, welches umgekehrt dem nationalen Gedanken erst seine letzte Weihe ertheilt.

Als unsere Nation aus den Freiheitskriegen zurückkehrte, hatte das Wort **„christlich-germanisch“** einen guten Klang. Die Ungunst der Zeiten und

jüdischer Hohn haben ihm denselben geraubt. Und doch liegt in diesem Worte die Zukunft des deutschen Volkes beschlossen und nur deshalb konnte man es herabsetzen, weil man vorgab, es hätte nur für die Vergangenheit einen Sinn. Was aber ist es anders, wenn praktisches Christenthum und nationale Idee sich mit einander verschmelzen, als **christlich=germanisch?** Was dieses Wort **uns** bedeutet, ist nicht der Blick nach rückwärts, sondern das kühne Streben nach vorwärts. Denn noch manches Jahrzehnt wird Deutschland zu thun haben, ehe es die ihm obliegenden Aufgaben erledigt. Gerade aber das ist der Vorzug **unserer** Anschauungen, daß sie einen unbegrenzten Ausblick in die Zukunft eröffnen. Was hat der Liberalismus dem Volke noch zu bieten, als das sich durch Jahrhunderte fortgesetzte Sichabarbeiten im Kampfe ums Dasein, höchstens zuweilen unterbrochen von revolutionären Ausbrüchen, um irgend noch einen weiteren Rest der historischen Vergangenheit zu verschlingen, Thron, Altar, Kunst, bis endlich die Kultur selbst in den aufgerissenen Abgrund hineinstürzt. Anders wir, wenn wir auch zaghafter der Zukunft gegenüberstehen, als der seiner so überaus gewisse Liberalismus. Wir haben ein mächtiges Gebäude aufzuführen, einen Dom, wie ihn unsere Väter zu entwerfen pflegten, an welchem dann die Jahrhunderte sich weiter mühten, bis er endlich zu Ruhm und Andacht in die Wolken ragte. Es ist ein ungeheures Werk, und wird noch viel Arbeit und Sorge kosten, aber wir wissen, **daß die Werkleute fortan lange Jahre hindurch bei einer edlen und schönen Arbeit beschäftigt sein werden.**

Die Nationalpartei der Zukunft.

Wenn wir also der Ansicht sind, daß die konservative Partei diejenige ist, an welche sich im Augenblicke derjenige anschließen muß, der die sociale Reform ebenso hoch hält, wie den nationalen Gedanken, so soll es keineswegs heißen, die konservative Partei brauche nur zu bleiben, wie sie ist, um alle unsere Hoffnungen zu erfüllen. Wie sie schon große Wandlungen durchgemacht hat, so stehen ihr noch neue bevor. Möglich, daß sogar die Erwartungen, welche man an sie knüpfte, sich einmal zeitweilig verfrüht erweisen, daß sie auf's Neue zurückgedrängt wird und alsdann endlich in der erneuerten eigenen Noth jene Festigkeit, Klarheit und Konsequenz gewinnt, die unerläßlich ist, soll sie anders ihrer Aufgabe gewachsen sein. Als Grundbesitzer= und Beamtenpartei konnte sie wohl innerhalb Preußens ihre Aufgabe erfüllen, für Deutschland bedarf es der breiten Grundlage eines wahrhaft **bürgerlichen** Konservatismus. Uns kommt es überhaupt nicht auf die Menschen, sondern auf die Sache an. Wir nehmen das Heil an, wo es sich findet und wenn Herr von Bennigsen der

Mann der Zukunft, der Bismarck des Parteilebens wäre, würden wir nichts dawider haben. Wir trauen indessen dem Führer der Nationalliberalen leider die erforderliche Thatkraft nicht zu. Wie er sich 1878 nicht von Lasker trennen wollte, der ihn dann sammt seinem Anhange selber verließ, so kann er sich auch heute nicht von den Umgarnungen der extremen Parteien loslösen, die ihn, wie noch immer selbst im Falle eines Sieges, schließlich wieder in den Abgrund reißen würden. Dieselbe Schwäche aber theilt die nationalliberale Partei als solche. Diese Herren haben noch immer Nichts gelernt, während auch der bitterste Widersacher den Konservativen nachsagen muß, daß sie seit einer Reihe von Jahren sehr viel gelernt haben. Deßhalb halten wir denn auch an der konservativen Partei fest, zumal diese durch ihr innerstes Wesen in die richtige Bahn gedrängt wird. Etwas Anderes ist es freilich, ob die konservative Partei, wenn sie dieselbe **endlich mit Bewußtsein** einschlägt, gut thut, ihren Namen weiter zu führen. Daß sie dem Begriffe nach dazu berechtigt wäre, haben wir nachgewiesen. Das Volk aber nimmt derartige Bezeichnungen nicht in ihrer philosophischen Bedeutung sondern beurtheilt sie vom historischen Standpunkte aus. Wie die Bezeichnungen konservativ und liberal von den Liberalen ausgeprägt sind, sind sie auch zum Vortheil der Liberalen erfunden. Wenn die Konservativen ihren Namen beibehalten, so leisten sie den Liberalen stets damit von vornherein Vorschub und gestatten ihnen, so und so viel Erinnerungen gegen sie zu Felde zu führen, welche zwar nicht die Sache, wohl aber dem Namen treffen und von der gedankenlosen Masse ohne Weiteres der Ersteren zur Last gelegt werden. Wohl Jeder hat erfahren, wie ungemein hinderlich der konservativen Sache ihr Name ist. Und so schiene es uns besser, wenn man der Sache einen praktischeren Namen gebe. An und für sich hätten wir nichts dawider, wenn man sie nach dem Manne nennen wollte, der sie oft als Einziger, immer als Kräftigster bisher vertreten hat. Allein wir wissen, daß ein solcher Name im Augenblick nur den Schein einer unbedingten Gouvernementalität erwecken würde, wenn wir auch nicht zweifeln, daß dieser Name noch in kommenden Zeiten die Parole aller wahren Patrioten sein wird und daß sich dereinst vor dem ehernen Denkmale Tausende beugen werden, deren Geist jetzt für dankbare Anerkennung zu klein geartet ist. Dann ist vielleicht die Zeit für eine „Partei Bismarck" gekommen, und die den Lebenden schmähten, werden froh sein, sich mit seinem Schatten verbinden zu dürfen. Denn, wenn es auch — um noch einmal auf unsern obigen Vergleich zurückzukommen — tausend fleißiger Hände bedarf, den Bau zu vollenden: Fürst Bismarck war der Baumeister, er hat den Grundstein und die Fundamente gelegt.

Wenn dies irgendwo anerkannt ist, so geschah es innerhalb der vielberufenen sogenannten „Berliner Bewegung." Ueber Nichts sind wohl die Meinungen im Lande verwirrter, als gerade über diese. Wir verkennen durch-

aus nicht, daß die Berliner Bewegung an manigfachen Trübungen und Maßlosigkeiten gelitten hat, wie sie beim Beginn einer solchen Erregung der Geister niemals ausbleiben. Sie entspringt indessen einem instinktiven Gefühle für das, was unserm Vaterlande Noth thut; daß sich ein solches gerade am Mittelpunkte des neuen Reiches eingestellt hat, ist gewiß nicht auffällig. Wenn Etwas für die Gesundheit der deutschen Natur spricht, so ist es der Umstand, daß sich gerade in Berlin eine populäre Reaktion gegen die Herrschaft der liberalen Phrase und die konfessionelle Verhetzung zeigt. Denn nur in diesem Sinne ist die Berliner Bewegung „reaktionär". Im übrigen ist an ihr von „Ultra-Konservatismus" nichts zu spüren und die Verläumdungen gegen sie sind nur von denen in Cours gesetzt, welchen am ganzen politischen Glaubensbekenntniß eines Menschen nur der eine auf das Judenthum bezügliche Satz in Betracht kommt. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Bewegung sich von Tag zu Tag mehr klären und endlich doch ihr Ziel erreichen wird. Schöner könnte Berlin der Nation seine Dankbarkeit nicht bezeugen.

Aber auch die Berliner Bewegung leidet, trotzdem sie genau weiß, was man will, doch an einem rechten, alle Bedenklichkeiten ausschließenden Namen für ihre Sache. Sollte dieser wirklich so schwer zu finden sein? Uns scheint er durch die Sache selber und durch die Geschichte gegeben. Nach den Ereignissen von 1866, als die deutsche Nation wieder eine Thatsache geworden, erkannten patriotische Liberale, daß mit dem bloßen Liberalismus nicht mehr auszukommen sei und nannten sich deshalb National-liberal. Wir haben heutzutage eingesehen, daß der Liberalismus überhaupt sich überlebt hat, daß er dem sozialen Ausgleich und dem konfessionellen Frieden nur noch Hindernisse in den Weg legt. Wir wollen nur der Nation dienen, und nicht nebenbei noch der Abstraktion des Liberalismus. So möge man denn die Sache auch nach der Nation nennen. Die Partei der Zukunft sei eine wahre **Nationalpartei,** in der sich Alle einigen können, ob sie bisher liberal, konservativ oder ultramontan hießen, einigen in dem Bestreben, ihr Vaterland glücklich und mächtig zu machen und die Entwicklung der Nation in einer ihrer Individualität angemessenen Weise zu fördern. Dem abgewirthschafteten Liberalismus gegenüber, der dem Volke nur leere Freiheiten zu Gunsten des Reichthums Weniger zu bieten hat, der das politische Leben der Nation zu einem Intriguenspiel selbstsüchtiger Fraktionen degradiren mochte, dieser im Dienste des absoluten internationalen Kapitalismus stehenden und auf die soziale Revolution hinarbeitenden Doktrin gegenüber wird diese Nationalpartei das kurze Programm haben:

Nicht leere Freiheiten, sondern gute Rechte,
Nicht Reichthum Weniger, sondern Wohlfahrt Aller,
Nicht parlamentarisches Geschwätz, sondern politische Thaten!

Druck: „Deutsches Tageblatt", Actiengesellschaft, Berlin W., Behrenstraße 29.





